

Friedrich Schorlemmer

**Wächst zusammen,
was zusammengehört?**

am 18. Dezember 1990 in Bonn

Friedrich Schorlemmer

(Pfarrer und Fraktionsvorsitzender der SPD im Stadtparlament der
Lutherstadt Wittenberg)

Gesprächsleitung: **Dr. Wilhelm Bruns**

(Leiter der Abteilung Außenpolitikforschung
der Friedrich-Ebert-Stiftung)



C91-320

Abteilung Außenpolitikforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung,
Projektgruppe: Deutschlandpolitisches wissenschaftliches Forum

Bonn 1990

Inhalt

Seite

Einführung: Dr. Jürgen Burckhardt	1
Vortrag: Friedrich Schorlemmer	3
Diskussion.....	21

Einführung

Dr. Jürgen Burckhardt

Meine Damen und Herren, liebe Freunde der Friedrich–Ebert–Stiftung,

ich begrüße Sie heute zu unserer letzten Veranstaltung dieser Reihe, nach einem – auch für die Stiftung – ereignisreichen Jahr, vor allen Dingen begrüße ich Friedrich Schorlemmer. Ich freue mich, daß Sie hier heute bei uns sind. Vielen Dank.

Friedrich Schorlemmer ist ein Mann der ersten Stunde, der schon über den Umbruch und den Aufbruch zu einer Zeit nachgedacht und sich auch darüber geäußert hat, als die Mauer noch nicht offen war. Er ist für viele hier in der Bundesrepublik sehr früh schon ein Begriff gewesen, für viel mehr Menschen allerdings in der ehemaligen DDR.

Sein Thema wird heute sein – und das ist auch sein Thema seit langem – die Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Menschen in West und Ost. Die Frage, wird es gelingen jetzt auch die Einheit von unten – also die Einheit der Menschen – zu erreichen? Was muß getan werden, um diesen schwierigen Integrationsprozeß in allen Lebensbereichen voranzutreiben? Ich denke – wir haben darüber gestern Abend gesprochen, Herr Schorlemmer – wenn das nicht gelingt, dann droht in der Einheit eine Spaltung der Menschen. Das ist weder für unsere Gesellschaft noch für unser Land gut.

Sie haben das Wort, Herr Schorlemmer. Wir sind sehr interessiert, jetzt Ihre Eindrücke zu hören.

Vortrag

Friedrich Schorlemmer*

Meine Damen und Herren, ich komme aus einem ungeordneten Land mit etwas ungeordneten Gedanken. Es kommen zu wenige zu uns, die uns helfen beim Ordnen. Ich möchte das, was ich hier sage, verstehen unter einer Überschrift, die aus einem Gedicht von Ingeborg Bachmann stammt. Sie sprach von der "Tapferkeit vor dem Freund". Ich fühle mich hier also wirklich in Freundesland unter Freunden. Tapferkeit vor dem Freund, heißt: so ehrlich wie möglich zu sagen, was ist, ohne daß das übelgenommen wird.

Sowohl Parteigenossen der SPD – ich habe mit dem Wort "Genosse" keine so große Schwierigkeiten wie viele meiner Freunde in der DDR – als auch Gemeindeglieder fordern mich in letzter Zeit immer wieder auf, ich solle doch das Positive sagen. Die Aufgabe eines Pfarrers sei doch, Hoffnung und Trost zu spenden. Das ist im Prinzip richtig; aber wenn dies auf Kosten der Wahrheit geht, dann wird das, was Religion ist, wieder zum Opium. Ich beanspruche nicht, daß das, was ich jetzt sage, die Wahrheit ist. Ich möchte Ihnen das, was ich erkannt, gesehen habe, vortragen.

Ich bin ein 10-Wochen-alter-Neubundesbürger und komme aus den FNL, den fünf neuen Ländern. So ein Neubundesbürger bin ich also, aus den neuen Ländern, aber – meine Damen und Herren – unser Land sieht doch ziemlich alt aus, wenn ich sehe, wie unsere Stadt Potsdam aussieht und wie diese Stadt Bonn aussieht. Äußerlich würde ich jedenfalls sagen: alles o.k.

* Der nachfolgende Text ist über weite Passagen in freier Rede vorgetragen worden. Beim Redigieren kam es darauf an, dem Text nicht alle Spontanität zu nehmen.

Ich komme hier in die Friedrich-Ebert-Stiftung – ich bedanke mich für die Einladung – als ein politischer Laienspieler und erdreiste mich hier vor den erfahrenen – vielleicht auch ausgebufften – Politikern und Politikbeobachtern der Hauptstadt, Aussagen zu machen, wobei ich weiß, daß jede Verallgemeinerung falsch ist, und insofern ist jeder Ihrer Einsprüche natürlich von vornherein gerechtfertigt.

Der Einfachheit halber spreche ich weiter von der Bundesrepublik und der DDR, vom Osten und Westen, weil es das noch gibt, sowohl im Bewußtsein wie in der Realität. Sie brauchen nur eine Nacht im Scandic-Crown Hotel zu übernachten oder im Wittenberger Hof.

Es gibt auf unserer Seite kein Subjekt mehr, das uns vertreten könnte. Dafür werden uns – verzeihen Sie mir diese Polemik – Subjekte geschickt wie Herr Mühlfenzl, die uns zeigen, was Demokratie im Medienbereich ist. Ich habe einige von den Damen und Herren im Rundfunk und Fernsehen der DDR kennengelernt – man nennt sie einfach verallgemeinernd "Seilschaften" – und habe gesehen, wie sich dort Menschen ganz ehrlich, erstens sehr ernste Gedanken über ihre Vergangenheit machen und zweitens sich nicht nur anpassen, sondern auch durch einen schwierigen Prozeß der Selbstläuterung gegangen sind und nun anfangen, begeistert Demokratie zu lernen. Nun werden ihnen erneut die Flügel beschnitten. Ich sage Ihnen, das ist bitter, auch menschlich.

Das Thema zu meinem Vortrag stammt von Willy Brandt, der heute wieder Geburtstag hat: "Wächst zusammen, was zusammengehört?" Für mich war es ein Erlebnis, vor einem Jahr beim Parteitag der SPD in Berlin Gast zu sein. Ich hatte gerade das sehr deprimierende Erlebnis eines mißglückten Gründungsparteitages des "Demokratischen Aufbruchs" hinter mir.

Sie mögen verstehen, daß wir in der DDR schon mit bestimmten Worten, die hier üblich sind, Schwierigkeiten haben, z.B. mit dem Wort "Partei". Bei uns gab es "die Partei". Jetzt war ich plötzlich in einer Partei, fuhr zu einem Parteitag und war Parteitagsdelegierter. (Fast alle Worte haben bei uns einen ganz anderen Klang). Jedenfalls fuhr ich mit Schwierigkeiten zu einem "Parteitag". Der Parteitag des DA widerspiegelte die weitere Entwicklung nicht nur in den neuen Oppositionsgruppierungen, sondern im ganzen Land: An die Stelle der demokratischen Emanzipation und der ehrlichen Aufarbeitung unserer 40jährigen DDR-Geschichte schob sich die Frage

nach der einen Nation und das Schnellvergessen durch Schnellüberwechseln setzten ein. Das Ziel wurde, eine Wohlstandsgemeinschaft mit Ihnen hier zu erreichen.

Heute vor einem Jahr wurde Andrej Sacharow zu Grabe getragen und Willy Brandt hielt zu seinem Geburtstag eine große Rede, aus der ich folgende Sätze zitieren möchte: "Europa ist der eigentliche Gegenstand, Deutschland ein wichtiges Unterthema. Und nichts wird wieder wie es war. Wir können helfen, (mit "wir" meinte er die West-SPD und die Bundesdeutschen) daß zusammenwächst was zusammengehört. Auch wenn nicht alles schon nächste Woche nachmittags um 6.00 Uhr passiert. Einander beistehen ist jetzt der Deutschen erste Bürgerpflicht. Die Gefährdungen sind nicht zu Ende. Die Absurditäten vom Ende der Geschichte sind es. Nein, alternativlos geht die Geschichte nicht zu Ende und es lohnt sich sehr, an vernünftigen Alternativen mitzuwirken". So weit Willy Brandt; weise Worte! Willy Brandt mahnte zur Geduld und Zielstrebigkeit bei der deutschen und der europäischen Vereinigung.

Ich kann mich erinnern, welchen trockenen Mund ich hatte, als ich mich dann zur Diskussion meldete und muß heute sagen, es war vielleicht die falsche Adresse, an die ich mich damals gewandt habe. Ich habe auf dem Parteitag eine Bitte geäußert uns Zeit zu lassen, weil ich fürchtete, daß alles andere sich längerfristig rächen würde. Ich habe vor einem Jahr gesagt: "Ich komme aus dem demokratischen Aufbruch der DDR (ich meinte damit nicht die Organisation, sondern den Prozeß des Aufbruchs!), durch die durchbrochene Mauer und suche mit anderen, die nun endlich gegebene Chance wahrzunehmen, mit unseren eigenen Erfahrungen, auch mit unseren Blessuren, mit unseren eigenen Bedingungen, den eigenen Versuch zu machen, eine öko-soziale Demokratie aufzubauen. Wir brauchen Hilfe, eine Hilfe, die uns Handlungsfreiheit läßt. Wir brauchen Zeit und haben kaum Zeit. Wir sind noch inmitten von Selbstklärungsprozessen. Ich möchte Sie bitten: lassen Sie uns auch die Zeit! Wir haben erst ungefähr acht Wochen, in denen der demokratische Prozeß wirklich frei passieren kann. Wir brauchen auch in der neuen Opposition Selbstklärung. Wir brauchen Strukturen, wir brauchen Erfahrungen und Kompetenz. Wir brauchen Zeit! Wenn Ihr uns jetzt helft, helft Ihr Euch selbst. Die Bürger in der DDR brauchen jetzt das Vertrauen, daß es sich lohnt, als Deutscher in der DDR zu **bleiben** und mitzuwirken, nach so vielen Jahren von Demütigung und Vergeblichkeit, nach so viel Selbstwertverlust und Perspektivlosigkeit". Soweit ein kurzer Rückblick auf die Einschätzungen vor einem Jahr.

Man muß heute sagen: wir hätten Zeit gebraucht, aber wir hatten sie nicht. Die Mehrheit in der DDR wollte diese Zeit nicht. Das hat viele Gründe, die man so oder so bewerten mag. Die Politik und die Politiker haben aus unterschiedlichen Gründen so oder so reagiert. Ich halte es rückblickend für ein Unglück, daß das alles im Wahljahr passiert ist.

Ich versuche jetzt in einem zweiten Teil ein bißchen Alltagserfahrung darzustellen, um Ihnen die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen – die inneren Ausgangsbedingungen – zu erläutern. Viele, die Kontakte in die DDR hatten, werden das kennen. Vieles andere, können Sie inzwischen in der Zeitung lesen.

Als ich im Frühjahr 1989 mit einem Dienstreisepaß – ich hatte hier ein Seminar zu halten – beim Zoll ohne Probleme durchgegangen war (mit Dienstreisepaß ging das immer problemlos), mußte ich an der Paßkontrolle länger warten, bis ein höherer Offizier kam und mich zum Zoll zurückbrachte. Wortlos. Ich saß im Tränenpalast in Berlin – vier Stunden –, die können zur Ewigkeit werden in so einem Kabuff. Man hatte mir alles abgenommen. Alle Unterlagen wurden genau geprüft. Man hat mich dann noch um Verständnis gebeten, daß es so lange gedauert hatte, weil ich ihnen doch viel Arbeit gemacht habe. Wie ich hinterher erfahren habe, hat man alles – auch das Persönlichste – abgelichtet und ausgewertet. Ein Jahr später habe ich gelesen, nach welchen Richtlinien die Stasi arbeitete, um Menschen systematisch kaputtzumachen.

Ich war dann eine Woche lang in der Bundesrepublik und habe ein Seminar mit 20 jungen Leuten gemacht. Ich bekam zu spüren, daß ich aus einem anderen Land gekommen war. Wir sprachen wohl dieselbe Sprache, aber im Linksrheinischen interessierte kaum jemanden, was in der DDR geschah, in diesem schmutzigen Land hinter der Mauer, wo doch Frankreich vor der Tür liegt. Ich will da keinen Vorwurf machen, ich will nur sagen: so ist es!

Im Bücherladen lag stapelweise ein wunderschöner Fotobildband. Ich habe ihn nicht von der Schutzhülle befreit, weil ich fürchtete, daß es für mich ein Schock sein würde. Der Titel "Unser schönes Deutschland neu gesehen". Es muß ein Bestseller gewesen sein, es hatte die 8. Auflage schon erreicht. Ich habe es nicht geöffnet. Ich wollte die nochmalige Kränkung vermeiden und löste das Buch nicht aus seinem Umschlag.

Im Sommer 1989 schenkte mir zufällig ein liebenswürdiger Rentner mit leuchtenden Augen in der Eingangshalle des Augusteums in Wittenberg diesen Band. Er verstand wohl nicht so recht, warum ich mich nicht spontan über das Buch freute. Ich sagte ihm nur: "Ja, ich habe dieses Buch schon einmal in der Bundesrepublik gesehen". "Aber sie haben es doch nicht?", sagte er. "Nein, ich habe es nicht". Ich konnte ihm irgendwie nicht das Gefühl der Freude vermitteln. Ich nahm es mit nach oben und löste dann den Umschlag und es war wirklich so. "Wir" kommen mit einem einzigen Foto vor, auf dem von Westberlin aus im Hintergrund der Fernsehturm von Ost-Berlin zu sehen ist. "Unser schönes Deutschland", das war die Bundesrepublik. Dieses Buch ist für mich zum Symbol für das Minderheitsbewußtsein – nein, für das Mehrheitsbewußtsein – in der Bundesrepublik geworden. Diejenigen, die zum "schönen Deutschland" auch den abgeteilten Osten rechneten, waren die Minderheit in der BRD.

Die Bundesrepublik ist so reich, so schön, so erfolgreich und so selbstbewußt, daß sie wirklich an sich selbst genug hat und nicht noch etwas brauchte. Dabei wäre es ungerecht, zu verschweigen, von wieviel unentbehrlicher Hilfe wir Deutschen in der DDR in den letzten 40 Jahren in Form von Millionen Briefen, Paketen – auch in Form von Besuchen von Freunden und Bekannten – gelebt haben.

Nicht immer leicht war es zu unterscheiden, was Sonntagsreden über die deutsche Einheit und was ernstgemeinte Schritte zu mehr menschlicher Begegnung und politischer Öffnung waren. Die Entspannungspolitik seit Ende der 60er Jahre und der KSZE-Prozeß seit Mitte der 70er Jahre nährten die Hoffnung, daß wir Deutschen innerhalb Europas auch zu mehr Freiheit und Freizügigkeit und wirtschaftlicher Gerechtigkeit kommen würden. Aber man muß auch sehen, daß die Entlastung, die Korb III der KSZE-Schlußakte brachte, für die DDR zu einem Aderlaß unter der Überschrift "Individuelle Menschenrechte" führte. Das rächt sich jetzt bei dem Aufbau unseres zerrütteten Landes. Uns sind in diesen 40 Jahren 4 Millionen unentbehrliche Menschen verlorengegangen. Seit der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki 1975–1989 – da ich da auch ein bißchen persönlichen Überblick habe, was das für Menschen waren – kann ich insgesamt sagen, es waren in der Mehrheit durchaus nicht die Schlechtesten, die übergekommen sind. Die fehlen uns jetzt.

Die von der Bundesrepublik "erkauften" – man muß es ja so sagen! – Reiseerleichterungen, machten denen, die reisen durften, immer mehr deutlich, wer sie letztlich waren: Bittsteller, erniedrigte Bittsteller gegenüber unseren Behörden,

wenn man nachweisen mußte, daß die Tante wirklich die Tante ist und die auch noch lebt. Und dann war man – ich habe das 1982 zum ersten Mal erlebt – mit 15 DM eine lebendige Bitte auf dem Bahnsteig in Köln. Man mußte zudem die Verwandtschaftsbeziehungen instrumentalisieren. Das bekommt jetzt die Tante in Mannheim zu spüren, seit die DDR-Bürger frei reisen können! Entweder kommen die Ostverwandten und stellen Ansprüche, bis die Tante sagt: Hätte ich doch bloß nicht Verwandte in Dresden! All die Konflikte sind ja auch beidseitig, denn viele von uns kommen und sagen: Jetzt wollen wir auch mal teilhaben an den Segnungen eures Wohlstandes...

Zu den Reisen wollte ich noch hinzufügen: Das Reisen war neben der großen Freude immer ein doppelter, immerwährender Erniedrigungsakt. Auch für die, die uns hier dann was schenkten, war das nicht so leicht. Wie macht man das, ohne den anderen dabei zu erniedrigen? Aber er brauchte ja auch wirklich etwas. 15 DM und dann die 100 DM Begrüßungsgeld, das war ja schon schön. Andererseits haben mir Freunde gesagt, sie hätten Briefe von ihren Onkeln bekommen, die geschrieben hätten: "verschont uns. Wir reisen auch nicht so oft". Wenn der Neffe dann geschrieben hat: "Lieber Onkel, wir wollen von Dir nur die Bestätigung. Wir besuchen Dich gar nicht, wir haben doch Freunde", dann war der Onkel auch beleidigt. Er wollte weder, daß er besucht wird, noch daß er benutzt wird. Das verstehe ich auch. Ich will nur offenlegen, was da auf der persönlichen Ebene alles nebenbei passiert ist. Ich persönlich kann sagen, ich hatte hier und habe hier großartige Freunde, die mir jede Erniedrigung erspart haben. Aber ich weiß von vielen anderen, daß sie viele Erniedrigungen erlebt haben.

Es kommt noch etwas hinzu. Die Reisemöglichkeit wurde zu einem weiteren Akt der Disziplinierung innerhalb der DDR. Zum Beispiel beim Wahlverhalten. Die Rentner bei uns hatten so eine Angst, daß, wenn sie nicht zur Wahl gehen, ihnen die Rente entzogen würde. Die DDR wurde schon damals dämonisiert. Das ist absoluter Quatsch. Aber das Reisen war auch eine Form, wie man Menschen disziplinieren konnte. Manche haben in der Opposition nicht mitgemacht, weil sie sagten: dann kann ich nicht mehr reisen. Es lag ja in der Macht der Staatsorgane, mit Anträgen zu verfahren wie sie wollten. Entsprechend dem berüchtigtem § 17 war die Polizei weder berechtigt noch verpflichtet, irgendwelche Gründe für Ablehnungen zu nennen. (So grübelte jeder, was er wohl falsch gemacht hätte...)

Man braucht sich jetzt nicht zu wundern, wenn viele neurotisiert sind. Es gibt Schäden, an denen wir noch lange zu tragen haben.

Die 40 Jahre haben uns weit auseinandergebracht. Es wird noch lange ein "ihr" und "wir", ein "hüben" und "drüben", Osis und Wesis geben. Und so ich bin sogar geneigt, weiterhin von der "DDR" zu sprechen, obwohl wir kein Subjekt mehr haben, das uns gegenüber der Bundesrepublik vertreten könnte.

Es gibt Verständigungs- und Verstehensschwierigkeiten, die von der politischen Ebene zweier konkurrierender Gesellschaftssysteme auf die persönlich-nachbarschaftliche Ebene übergegangen sind. Ob die Einheit von der Mehrheit der Bundesbürger wirklich akzeptiert wird, wird sich erst bei der weiteren Entwicklung unserer Konflikte zeigen. Hier und da hört man schon den Satz: "Unser Geld wollen sie haben und dann noch Ansprüche stellen!" Wer Hilfe empfängt, darf offenbar den Helfer nicht kritisieren. Er soll es vielmehr dem Erfolgreichen nachtun.

Im vorausseilenden Gehorsam und in der Erkenntnis, daß wir wirklich nichts einzubringen haben, wohl aber anpassungswillig sind, hat dann auch die Mehrheit der DDR-Bürger für den schnellstmöglichen Anschluß an die Bundesrepublik gemäß Artikel 23 plädiert. Dies war schließlich verbunden mit den wirtschaftlichen Hilfsversprechen. Ich halte es für einen Akt des vorausseilenden Gehorsams, daß die DDR-Bürger in ihrer Mehrheit nicht gesagt haben: reden wir auch über die Erfüllung des Artikels 146. Man wollte sich schnell ein- und unterordnen, nichts Neues, sondern das hier Bewährte.

Das Bedürfnis nach Vereinigung war und ist bei den Deutschen aus der DDR und aus der Bundesrepublik qualitativ und quantitativ höchst unterschiedlich entwickelt. Den Bundesbürgern fehlte existentiell nichts, höchstens emotional. Das war häufig auch eine Generationenfrage und eine Frage, ob man Verwandte hatte. Die Bundesdeutschen wußten, die DDR ansehend, wie sie es keinesfalls haben wollten. Während sich die DDR-Deutschen danach sehnten, daß es bei ihnen so würde wie in der Bundesrepublik. Die Überlegenheit der Produkte von der Funktionstüchtigkeit bis hin zum Design, wirkte politisch sehr tief. Wer jetzt so alt ist wie ich, 46, der hat schon sehr früh einen amerikanischen Kaugummi im Mund gehabt, als es bei uns überhaupt noch keinen Kaugummi gab. Der Unterschied zwischen Ost- und Westkaugummi wirkt politisch. Oder ich sag es noch drastischer: Der Unterschied unserer Systeme hat sich auch an den Weichteilen des Menschen, da wo er sehr empfindlich ist, gezeigt: an der Zahnpasta und im Toilettenpapier. Das Matchbox-Auto, die Mon

Cheriè-Kirsche, der VW – das sind nicht nur Produkte aus einer anderen Firma, damit verbindet sich eine ganze Welt, eine Sehnsucht auch.

Die Bundesrepublikaner waren schon in den 50iger Jahren wieder wer und sie hatten was und sie zeigten es überall – auch uns. Das Wohlstands- und Freizügigkeitsgefälle, das sich bei jedem Urlaub in Osteuropa besonders deutlich zeigte, führte zu einem tiefen Selbstwertgefälle. Wenn die Bundesdeutschen die DDR sahen, wußten sie stets, was sie nicht wollten. Und in der DDR war es bis auf die 10 % wirklich Überzeugter gerade umgekehrt. Kritik in der Bundesrepublik an der Bundesrepublik wurde durch die Jahrzehnte mit dem Satz quittiert: Aber denn geh doch rüber! Stellen Sie sich mal so einen Satz bei uns vor! Den gab es nicht, weil ja Republikflucht ein Staatsverbrechen war. Aber hier sagte man, um abzuschrecken: "Geh doch rüber!" Das war absurd für jemand hier, der hier Kritik übte. Die DDR war für die Kritiker der Bundesrepublik nie die Alternative. Die Bundesrepublik war für uns immer die Alternative. Nun kommen die, die sich immer danach geseht haben, nach Artikel 23 dazu. Sie kommen zu denen, die sich nicht so danach geseht haben. Das kritiklose Dazukommen nach Artikel 23 zu vollziehen, ist ein Teil der Selbstverleugnung und Unterwürfigkeit. Man will die Bundesrepublik in ihrem Sosein vollständig bestätigen, weil das, was bei uns war, so vollständig versagt hat.

Die Westdeutschen waren stets die Schenkenden, die Ostdeutschen die Bittenden. Auch diese Struktur ist durch diese Vereinigung einerseits in eine neue Phase getreten, in dem es um Milliardenbeträge für die Sanierung der ökologisch, ökonomisch und politisch bankrotten DDR geht. Andererseits ist diese Struktur von Bittenden und Gebetenen auf der persönlichen Ebene in eine Krise gekommen. Denn die Westdeutschen sind jetzt unsicher, ob sie den Ostdeutschen noch Waren schicken können, die sie sich ja selbst in ihren Läden kaufen können. Die ganze DDR ist über Nacht vom 1. zum 2. Juli zu einem einzigen Intershop geworden. Die DDR-Bürger haben immer noch das Gefühl, daß sie jetzt mit Westgeld bezahlen. Westgeld ist kein Geld im üblichen Sinn gewesen; das Westgeld war ein Fetisch. Damit konnte man bekommen, was man sonst nirgendwo bekam. Oder man brauchte sich – wenn man Westgeld hatte, so wie ich – beim Schenken kaum etwas Besonderes überlegen. Man brauchte nur in den Intershop zu gehen, es schön einwickeln, und dann war es gut.

Jetzt kauft ein Ostdeutscher für das wertvolle Westgeld natürlich nicht die "blöden" Ostwaren. ("Ich werde doch nicht für Westgeld Ostjoghurt kaufen.") So haben die

Bürger in ihrem Kaufverhalten, sobald sie dieses wertvolle Geld hatten, dazu beigetragen, daß die wenigen Waren, die überhaupt noch in unsere Läden kamen, nicht mehr gekauft wurden. Einige Firmen haben die Kurve genommen, haben die Butter einfach in goldenes Papier eingewickelt und sich mit einer Firma in Lübeck zusammengetan. Es ist immer noch unsere Butter und sie wird auch gekauft.

Ich denke, daß dies nicht nur ein ökonomischer, sondern auch ein psychologischer Vorgang ist, der zum Ruin unserer sowieso schon ruinösen Wirtschaft beigetragen hat. Wer erinnert sich noch von uns in der DDR, daß wir vor einem Jahr Briefe schrieben, um Briefumschläge und um Weihnachtskerzen zu bitten. Wobei – auch das darf nicht verschwiegen werden – die Weihnachtskerzen z.B. in der Stadt, in der ich lebe, produziert wurden. Das nannte man "Gestattungsindustrie". Bundesrepublikanische Firmen lieferten, das wissen ja die meisten von Ihnen, sowohl die Maschinen wie auch die Grundstoffe. Wir lieferten dazu die Arbeitskraft, die billige. Die Leute wurden in Ost bezahlt, der Westen zahlte aber der DDR für diese Arbeitskraft viel niedrigere Löhne in West und die DDR durfte diese wunderbaren Waren zu überhöhten Preisen im eigenen Land zur Kaufkraftabschöpfung noch verkaufen. Man sagte mir, das sei ein Jahrhundertgeschäft gewesen. Das wäre ohne Öffnung der Mauer noch endlos so weitergegangen. Ich bekam also meine Weihnachtskerzen, in Wittenberg produziert, aus Köln geschickt, für Westgeld hier gekauft!

Die Struktur von Bitten und Schenken könnte aufgehoben werden, wenn die Gebetenen zu der Einsicht kämen, daß ein Lastenausgleich für den letzten von uns gemeinsam verschuldeten Krieg nötig ist und wenn die Bittenden weder mit unangemeßenen Anspruchshaltungen kommen noch in der Geste der unterwürfig Bittenden, sondern diese Hilfe als Start in ein gemeinsames neues Deutschland mit dem nötigem Selbstvertrauen und nötiger eigener Anstrengung annehmen können.

Hier fangen die Schwierigkeiten ja schon an. Die Briefe, die ich aus der Bundesrepublik von Unbekannten bekomme, sind in der Mehrheit so, daß sie mich auffordern, ich solle doch nicht so larmoyant sein und wir sollten in der DDR endlich mal die Ärmel aufkrempeln. Das hätten sie 1945 ja hier auch getan. Die Aufgabe damals sei – wenn man die Städte anschaut. – noch sehr viel größer gewesen. Die indirekte Botschaft ist: Ihr wart in der DDR in den letzten 40 Jahren faul. Nun arbeitet mal – wie wir damals!

Dazu meine ich: es könnte ganz gut sein, wenn ein paar von Euch rüberkommen und uns zeigen, wie man die Ärmel hochkrepelt. Es kommen aber nur wenige. Man zieht es vor, hier im Westen die Ärmel hochzukrepeln. Das hat auch Gründe. Ich verstehe das. Vieles entscheidet sich im ganz alltäglichen. Wer hier in sein Bad geht und am nächsten Tag in Wittenberg ins Bad geht, wird sich genau überlegen, ob er das von heute auf morgen tauschen will. Ich spreche gar nicht von der Luftqualität bei uns, von der Qualität des Freizeitangebots, von den Schulen und von der Reichsbahn usw. Es ist eine nicht leichte Lebensentscheidung, in die "DDR" zu kommen. Aber wenn das so weitergeht, wird die DDR zur armen Ostmark. Dann können Sie die Leute nur hinschicken, zwangsverschicken als Disziplinarmaßnahme. Und die, die etwas können und beweglich sind, die werden in Scharen weiter hierher kommen. Ich habe in den letzten Tagen gehört, daß sie schon wieder gezählt werden...

Andererseits ist an der Aufforderung, endlich die Ärmel hochzukrepeln, auch etwas Richtiges. Viele sitzen bei uns jetzt zu Hause und lassen die Hände sinken, weil sie sagen: Was sollen wir jetzt machen? Wir sind 40 Jahre in der DDR bewahrt und bewacht worden. Der Staat hat für uns alles gemacht. Viele von uns haben Bundeskanzler Helmut Kohl in großem Vertrauen ihre Stimme gegeben, weil er für sie ein vertrauensvoller Allvater ist, der es schon richten wird. Sie haben nicht begriffen, daß er nur die politischen Rahmenbedingungen schaffen kann, sie aber selbst aktiv werden müssen. Ich nenne diese Haltung eine Krankheit, den "sozialistischen Hospitalismus".

Dieser Staat hat uns eben nicht nur bewacht, sondern auch bewahrt. Dieser Allvater hat uns ziemlich entmündigt und den meisten Menschen das Risiko des Lebens abgenommen. Es wurden Schwache, Gestrandete, Straftentlassene und "Assis" im Netz wirklich aufgefangen. Diese Fürsorge darf heute nicht verschwiegen werden, wenn wir heute nur noch darüber reden, welches Netz **über** uns geworfen wurde. Wir verfangen uns in beiden Netzen. Darin ist man wirklich ein bißchen lebensuntüchtig geworden.

Die Einteilung in Deutsche 1. und 2. Klasse kann überwunden werden; aber dies wird einige Jahre brauchen. Eine Hauptbedingung für die Einigung ist nach meinem Eindruck in der Bundesrepublik nicht erfüllt worden, nämlich: eine innere Akzeptanz dafür schaffen, daß wir dazukommen und daß das nicht ganz leicht sein wird.

Ich bedanke mich bei allen, die uns schon angenommen haben. Ich kenne auch viele. Ich weiß aber, daß es eine Täuschung wäre, anzunehmen, das sei eine Mehrheit. Ich habe für diese Mehrheit, die anders denkt, auch Verständnis. Aber ich sage noch einmal: die Einheit wird erst dann erreicht sein, wenn sie in den kommenden Konflikten bewährt wurde.

Es ist nicht so sehr die Faszination der Freiheit, als vielmehr die Faszination des wirtschaftlichen Erfolges, die angesichts des wirtschaftlichen Desasters in der DDR zur Massenflucht führte. Es gingen vor allem die Mitbürger weg, denen es bei uns schon relativ gut ging. Es kam zum Massenprotest, als man merkte, daß es so nicht weitergeht. Stellen Sie sich vor, sie gingen zur Operation in die Urologie und am nächsten Morgen ist der Chirurg nicht mehr da. Versuchen Sie sich vorzustellen, was da in Ihnen vorgeht! Ich denke, daß der Massenprotest in der DDR schließlich darin begründet lag, daß man zu spüren bekam, daß es so nicht weitergehen kann, daß alle **weggehen**. In diesem Land konnten wir gar nicht mehr leben. So verdanken wir es auch denen, die zu Tausenden wegströmten, auch daß das Faß zum Überlaufen kam. Eine "List der Geschichte"?

Noch 1970 riefen die Massen in Erfurt: Willy, Willy! und erwarteten damals, daß die Früchte der Entspannungspolitik spürbar werden würden. Es träufelte ein wenig. Wir waren froh darüber. 20 Jahre später war diese Geduld, daß es durch Entspannungspolitik weitergehen könnte, nicht mehr da. Und die "Helmut, Helmut"-Rufe eben in dieser Stadt Erfurt, waren dann schon Rufe danach: Komm mit Deiner Mark zu uns, sonst kommen wir zu dir. Der Unterschied zwischen 1970 und 1990 ist zudem der, daß der Stasi-Staat nicht mehr in der Lage war, seine Gegenrufer zu bestellen, wie das noch 1970 geschehen war. Da hatte man Hundertschaften Stasi für Willi Stoph rangekarrt, um für ihn brüllen zu lassen und die anderen verhaften zu lassen.

Die Stimmung im Volk, möglichst schnell angeschlossen zu werden, nahm Bundeskanzler Kohl 1990 auf und verstärkte sie. Er hat nach meinem Eindruck auf das Tempo der Einheit gedrückt. Er bekam dafür eine Mehrheit. Die politischen und auch die sozialpsychologischen Folgen sind noch unabsehbar. Es wurde in der Bundesrepublik versäumt, innere Akzeptanz für alle Aufgaben zu schaffen, die die Einheit jetzt von uns allen verlangt. Am Arbeitsmarkt der "DDR" wird entschieden, was politisch aus der Einheit wird.

Wie wenig Politiker der Bundesrepublik über die innere Situation in der "DDR" Bescheid wissen, zeigt sich daran, daß sie uns jetzt – was ja eigentlich gerecht ist! – 20 % der Asylanten schicken. Ich sage Ihnen, ich habe Angst davor, daß sich an ihnen Frustration entlädt.

Bei der inneren Sicherheitslage bei uns, bei der plötzlich riesigen Arbeitslosigkeit, wenn die Kurzarbeiter erst einmal begriffen haben, daß sie nicht Kurzarbeiter, sondern Arbeitslose sind. (Das war ja psychologisch ganz lebenswürdig gemacht: Kurzarbeitergeld bei Arbeit = Null, aber eben nicht arbeitslos). Aber sie werden es bald begreifen. Viele wohnen in Wohngebieten, die wünsche ich niemandem. Wenn sie über ein halbes Jahr ohne Arbeit und ohne Perspektive sind und sehen, wie jetzt Senegalesen zu uns kommen, nebenan wohnen und es passiert nur eine Kleinigkeit oder gar ein Gewaltverbrechen. Eine entsprechende Presse, die das groß rausbringt, haben wir inzwischen auch. Hinzukommt unsere völlig verunsicherte Polizei.

Die Arbeit der neuen Bundesländer funktioniert noch nicht. Lesen Sie bitte einmal im letzten "Spiegel", was in den Ländern los ist. Selbst Kurt Biedenkopf fängt an, weniger optimistisch zu sein. Nach 40 Jahren mit 14 Bezirken kann man in einem Jahr nicht alles umstrukturieren, was in 40 Jahren aufgebaut oder völlig anders funktioniert hatte.

Der Schnellabriß der Mauer und der Schnellanschluß haben gesamteuropäische Folgen. Die Regierenden in der Bundesrepublik haben die DDR-Deutschen – nach meinem Eindruck – von einer Illusion in die andere gestürzt. Die Schmerzen werden jetzt größer, als nötig gewesen wäre. Ich glaube, daß sie überwindbar sind. Eine Illusion war es zum Beispiel: Markunion würde = Marktunion sein. Es wurde der Eindruck erweckt, wenn wir die richtige Mark hätten, gäbe es auch sehr bald die funktionierende Marktwirtschaft. Es war aber absehbar, daß bei fehlenden Anpassungsmaßnahmen die DDR-Betriebe zu 97 % kaputt gehen würden. Die Investoren aus der Bundesrepublik kommen immer noch nicht. Denn – wie man uns sagt hier? – das, was in der DDR nötig ist, kann man in mehreren Wochenendschichten hier zusätzlich produzieren. Da muß man nicht aufwendig die Produktionsanlagen sanieren oder neue errichten...

Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, ob die Politiker in der Bundesrepublik – ich darf das mal verallgemeinernd sagen – wirklich damit gerechnet haben, daß es noch zur deutschen Einheit käme. Wenn sie damit gerechnet hätten, dann hätten Sie 1987

den Staatsratsvorsitzenden nicht noch mit großem Pomp empfangen. Jetzt wollen alle seinen Kopf, um sich zu entlasten. (Honecker ist übrigens von allem, was in der DDR war, "überrascht" – wie ich gelesen habe. Darüber bin ich auch sehr überrascht.) Ich fand die Einladung 1987 nicht falsch. Ich sage nicht, daß man das nicht hätte machen dürfen. Nur, man hat damit gerechnet, daß man auf der KSZE-Ebene weiterkommen müsse und daß das auch den Deutschen zugute käme. Ich finde das auch im Nachhinein nicht falsch. Ein anderes Indiz dafür, daß man in der BRD nicht mehr mit der Einheit rechnete, war, daß man die DDR als Müllexport-Land benutzt hat. Unsere Funktionäre haben für Devisen alles gemacht, die haben je nach Devisenbedarf sogar Leute verkauft. Aber man hat offensichtlich nicht damit gerechnet, daß die Probleme auf das geeinte Deutschland zurückkommen (ich glaube, es gibt fünf wirklich gesicherte Mülldeponien in der "DDR"). Die Politbosse der SED haben für die Müllmassen Westgeld bekommen, haben davon wieder ihre Stasi bezahlt, die hier Ihre Politiker ausgehorcht hat. Es war alles ein Geschäft. Wenn Herr Schalck erst einmal auspackt, ich weiß nicht, meine Damen und Herren, was da noch zu Tage kommt! Ich frage mich auch, wer ihn jetzt schützt. Es gibt bei uns Verbitterungen, was Herrn Schalck anbetrifft.

Trotz allem, wirklich trotz allem, freuen wir uns über die Einheit und sind ganz beschäftigt mit den Fragen der deutschen Einigung. Damit sind wir in gewisser Weise abgelenkt von den Hauptproblemen der Welt. Gelöst ist im Entscheidenden noch nichts. Durch die Zwänge der Wahl zumal waren wir davon abgehalten, uns die wirklichen Fragen wirklich zu stellen.

Kassandra ist nicht mehrheitsfähig. Mit dem Ausmaß der Gefahr wächst die Gefahr ihrer Leugnung. Hölderlin hat nicht Recht! Wissend, daß Wissende kaum etwas gegen den drohenden Untergang ihrer Kultur oder ihrer Zivilisation haben ausrichten können, breitet sich Lähmung aus. Wir Europäer haben in den letzten Jahrzehnten Kriegen auf anderen Erdteilen zugesehen.

Wir erleben, daß sich die Politik gegenüber dem Volk heute als eine einzige großangelegte mediengesteuerte Manipulationstechnik erweist. Schon Heinrich von Kleist hat 1809 in einem fiktiven Lehrbuch der Journalistik beschrieben, wie man "dem Volk eine schlechte Nachricht vorzutragen habe". (Ich denke jetzt nur an die Nachrichten der letzten Tage und an die Versprechungen von vor vier Wochen!): "Man schweige davon, bis sich die Umstände geändert haben. Inzwischen unterhalte man das Volk mit guten Nachrichten. Entweder mit wahrhaftigen aus der Vergangenheit oder mit

gegenwärtigen, wenn sie vorhanden sind. Sobald sich die Umstände geändert haben, welches niemals ausbleibt, und irgendein Vorteil – sei er groß oder klein – erungen worden ist, gebe man eine pomphafte Ankündigung davon, und an ihrem Schwanz hänge man die schlechte Nachricht an". So weit Kleist. So betrügt man das Volk, den großen Lummel.

Bisher haben wir in Deutschland eine erfolgreiche Anschlußaktion geschafft. Etwas überspitzt, würde ich sagen, mit der Aktivierung des Bauches, nicht des Kopfes. Wir sind weniger eine Kultur- oder Verantwortungsgemeinschaft, als vielmehr eine Wohlstandsgemeinschaft geworden. Aber mit höchst unterschiedlichen Ausgangsbedingungen. Wir Ostdeutschen sind 40 Jahre fremdbestimmt worden, erlebten eine Zwischenphase der Selbstbestimmung, bis wir jetzt eine Selbstenteignung erleben, an die, die erfolgreich waren. Gerade hatten wir begonnen, uns selbst zu bestimmen, da war es schon wieder vorüber. Jetzt bringen wir wiederum eine Anpassungsleistung. Es wurden paradoxerweise die gewählt, die sich schon vorher angepaßt hatten – von denen, die sich angepaßt gelebt hatten. Dazu mußte die DDR so dämonisiert werden, daß man behauptete, man hätte gar nicht anders als angepaßt leben können. Es sei so schlimm gewesen, daß man es hätte gar nicht anders machen können. Für diese Einschätzung bekommt man teilweise regierungsamtlich noch Beifall und sagt: "ja, so ist es, laßt es sein! Macht einen Schlußstrich!" Ich weiß nicht, ob das der Demokratie gut tut. Ich füge hinzu: Wenn es in der nächsten Zeit keine rechtstaatlichen Prozesse gegen einige der Verbrecher in unserem Land gibt – und nicht nur gegen die drei alten Herren in Moabit und Beelitz! – dann fürchte ich um die Demokratie in Deutschland. Es könnte sich die Einstellung einprägen, jedem Auftrags- oder Befehlsträger gehorsam zu sein, unter allen Umständen mitzumachen, eigene Vorteile suchen, das jeweils geltende (UN-) Recht zu handhaben. Hinterher wird man nur nach dem geschriebenen Recht urteilen. Alles andere gilt nicht. So werden Menschen jedwedem System dienstbar. Es muß rechtstaatliche Urteile gegen die Verantwortlichen geben und zwar bis auf die Bezirksebene. Ungezählte Menschen wurden systematisch von anderen im Auftrage der Staatsmacht ruiniert. Ich fürchte um unsere Demokratie, wenn sie alle im Vorruhestand mit vergleichsweise hohen Renten davonkommen.

Ich will an einigen Beispielen ein Dilemma deutlich machen, z.B. im Rechtswesen. Die Richter und Staatsanwälte der DDR sind noch nicht überprüft und die, die durchkommen, können eigentlich nur wenige sein. Jeder, der an einem politischen Prozeß beteiligt war – diese Prozesse sind stets unter Ausschluß der Öffentlichkeit gewesen

– kann meiner Ansicht nach nicht mehr Richter oder Staatsanwalt sein. Nicht einer! Aber die, die durch die Überprüfung kommen, sind gar nicht in der Lage, jetzt nach völlig anderem Recht Recht zu sprechen. Und außerdem bräuchten wir wohl zehnmal so viele wie wir haben. Woher?

Die Fülle der Prozesse, die nun anstehen, ist überhaupt nicht zu bewältigen. Wir kommen zu einem Rechtstillstand und zu einem Rechtschaos, wenn nicht schnell personell geholfen wird. (Im übrigen gibt es auch Richter, die SED-Mitglieder waren, und sich nicht mißbrauchen und korrumpieren ließen.)

Alles wird von heute auf morgen neu und ich bitte Sie, sich vorzustellen – wenigstens mal theoretisch – die Planwirtschaft hätte gewonnen. Nach dem "Lehrbuch der Geschichte" hätte es ja so kommen müssen. Und Sie hätten von heute auf morgen unser Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs-, Steuer-, Straf-, Familienrecht übernehmen sollen! Dann hätten wir sagen können: Na, dann krempelt mal die Ärmel hoch, lernt mal schön. Dann würde alles, was an Rechtsfragen zur Debatte steht, plötzlich von einem Tag zum anderen zur Debatte stehen. Ich sehe das aus der Perspektive eines Stadtparlaments. Alles muß nun geregelt werden: schnell + gut + ohne Geld. Es gibt kaum ein Haus, bei dem nicht geklärt werden muß, wem das eigentlich gehört und wer es bekommt.

Wir sind kopfüber in die Ordnung der Bundesrepublik gekommen. Wir wollten da so. Das ist richtig. Aber das ist jetzt unser gemeinsames Problem, sonst bekommen wir ein größeres.

Ein anderes Dilemma ergibt sich in der Bildungspolitik. Die Lehrer aus der sozialistischen Einheitsschule wurden als Ideologieverstärker mißbraucht, selbst der Mathematiklehrer. Wieviele sind davon brauchbar?

Was wird aus den kinderkrippen- und hortgeschädigten Jugendlichen, die in Neubaugebieten jetzt arbeitslos werden und deren Väter und Mütter auch arbeitslos sind? Sie sind in doppelter Weise gefährdet: kriminell zu werden und/oder sich politisch radikalieren zu lassen.

Zum Schluß einige Aufgaben:

1. Der **Ost-West-Konflikt** ist aus der politisch-ideologischen Ebene auf die menschliche Nachbarschaftsebene gekommen. Die Mauer aus Beton ist weg. Die

Mauer aus Verstehensschwierigkeiten steht vor uns. Hier muß überlegt werden, was wir tun, wie wir das tun; z.B. durch Städtepartnerschaften, die seit 1989 aus Bonzen – zu Menschenbegegnungen geworden sind. Es gibt vieles sehr Erfreuliches, was in den Arbeitsämtern an Hilfe oder in Partnerschaften zwischen Schulen passiert. Es passiert schon etwas, aber es entspricht noch längst nicht der Größe der Aufgaben.

2. Die **Flucht** geht weiter. Sie kann nur gestoppt werden, wenn wir den Artikel des Grundgesetzes schnell erfüllen, der die Einheit der Lebensverhältnisse fordert. Das kann nicht heißen – glaube ich –, daß wir ganz schnell die Lebensverhältnisse, die hier sind, bekommen, sondern nur so, daß es hier ein Stückchen zurückgehen müßte in den Ansprüchen, damit ein kleiner Ausgleich passiert. Wie viele sind dazu bereit? Wer ist darauf innerlich vorbereitet?
3. Der **Arbeitsmarkt**. Wenn die sozialen Probleme wachsen, können die politischen Probleme wuchern. Wohin sich das entlädt, weiß man aus der deutschen Geschichte: Zuerst gegen die Fremden und Andersdenkenden. In Berlin knallt das schon aufeinander. Die DDR-Deutschen fragen, was die Türken da sollen. Das werden sie nicht fragen, wenn sie selbst eine Perspektive haben.
4. Die **Eigentumsfrage** wird zu einer gravierenden Frage. Wir sind gar nicht handlungsfähig, wenn wir in der Eigentumsfrage nicht endlich weiterkommen. Bei uns gab es ein völlig anderes Verständnis von Eigentum. Jetzt kommt das alte Eigentumsverständnis wieder zurück und die, die bei uns gelebt haben und in gutem Glauben etwas erworben haben, leben nun in beständiger Angst. Viele fühlen sich wieder als die Betrogenen, die nur den einen Fehler gemacht haben, daß sie sich nicht auch rechtzeitig "abgesetzt" haben. Das staatlich begangene Unrecht sollte nun nicht der kleine Mann und die kleine Frau büßen. Bertolt Brecht hat im "Kaukasischen Kreidekreis" ein Eigentumsverständnis vertreten, das für unsere Bedingungen bedenkenswert bleibt: "Daß da gehören soll, was da ist, denen, die für es gut ist, also / Die Kinder den Mütterlichen, damit sie gedeihen / Die Wagen den guten Fahrern, damit gut gefahren wird / Und das Tal den Bewässerern, damit es Frucht bringt". Sonst kommt eine Westkolonisation über uns und die da zurückkommen, kommen keineswegs als Arme. Sie fordern Entschädigung in einem Unrechtsstaat, den es nicht mehr gibt – und nun sollen Kommunen zahlen, die sowieso zahlungsunfähig sind!

5. **Remilitarisierung**. Alle Areale der Sowjetarmee – ungefähr 10 % unseres Landes, und es sind mit die schönsten Gegenden – gehören zunächst einmal der Hardthöhe. Werden wir jetzt also darum bitten müssen, daß wir das zurückbekommen oder werden die Bundesbürger sich freuen, wenn die Übungsplätze von Westen nach Osten weggehen? Werden die riesengroßen Flugplätze – etwa in Laage bei Schwerin – wird der für den Zivilflug oder wird er für das Phantom "Phantom" genutzt werden auf der Suche nach dem neuen Feindphantom. Es kommen viele Fragen, nach der Zukunft unseres militärisch gebeutelten Landes auf. Was wird aus den Panzerwüsteneien zwischen Wittenberg und Jüterbog?
6. **Autogerechtes Deutschland**. Unser Land wird gegenwärtig in chaotischer Weise vollgestopft mit den Autowracks, die die selbstwertgestörten Trabi-Besitzer zu Hunderttausenden kaufen und sie bekommen über die Medien aus dem Westen vermeldet, wie blöd sie sind: "die können ja mit den starken Autos gar nicht umgehen". Das ist auch wahr. Ich bitte den Besitzer eines Mercedes, sich mal fünf Jahre in einen Trabi zu setzen und dann das Experiment zu machen, wie er sich benimmt, wenn er dann wieder in einen Mercedes umsteigen kann. Wenn das Land schon voller Autos ist, dann werden wir größere Straßen bauen "müssen", werden die Alleen abholzen. Wenige fragen: was wird mit unserem öffentlichen Nahverkehr? Verpassen wir jetzt die Chance? Ich fürchte: ja.
7. Sorgenkind **Landwirtschaft**. Unsere Bauern mußten im Herbst 1990 ihre Produkte, z.B. die Kartoffeln, mit Gülle übergießen statt sie zu ernten. Dafür bekamen sie viele tausend Mark. Das ist an die Würde der Bauern gegangen, die bisher immer gebraucht wurden. Bei uns geht der Spruch um: Die Bauern in der DDR wählen immer noch "richtig", auch wenn sie bankrott gehen, während die Bauern in der Bundesrepublik mit Wahldenkmittel drohen, wenn sie z.B. eine Konkurrenz aus der DDR bekommen. Also wurde es so organisiert, daß die Landwirtschaft in der DDR nicht konkurrenzfähig wurde. Wir brauchen dringend eine neue Landwirtschaftspolitik im geeinten Deutschland, statt eine Übertragung der ungenügenden Subventionspolitik der alten BRD. Hinzu kommen im Osten irreversible ökologische Schäden durch Großraumländwirtschaft und Überdüngung "nach Plan".
8. Ich denke, daß wir eine Art **Marshall-Plan für Osteuropa** brauchten. Wenn es nicht etwas gibt, was dem Marshall-Plan vergleichbar ist, werden wir die Probleme Ostdeutschlands und Osteuropas nicht lösen.

1. Die Überlegenheit der Westler würde sich ansonsten dauerhaft in der Unterlegenheit der Osteuropäer niederschlagen. Das hätte sozialpsychologisch und politisch bedrohliche Auswirkungen. Wir brauchen ein gesundes Selbstbewußtsein in gesunden Volkswirtschaften.

2. Es wird bei einem weitergehenden wirtschaftlichem Gefälle zwischen Ost- und Westeuropa zu Einwanderungsschüben kommen, Das aber würde wieder zu einer gewaltsamen Abschottung nach Osten führen.

3. Die Destabilisierung Osteuropas und ein nationalistisch motivierter Zerfall, besonders in der Sowjetunion, könnten uns – neben der Golf-Krise – an den Lebensnerv gehen. Wir haben keine andere Wahl, als uns im geeinten Deutschland auf das Wohlergehen aller zu richten. Es darf nicht dazu kommen, daß uns die deutsche Einigung von den Problemen Osteuropas abkoppelt. Das würde auf uns zurückschlagen.

Ich schließe mit einem Text von Bertolt Brecht von 1952: "Deutschland, wie bist du zerrissen / Und nicht mit dir allein! / In Kält und Finsternissen / Läßt eins das andere sein. Und hätst so schöne Auen / Und reger Städte viel; / Tätst du dir selbst vertrauen wär alles Kinderspiel".

Bei allem bin ich mit der großen Mehrheit der 16 Millionen DDR-Deutschen glücklich, daß mein Land als Ganzes für mich erreichbar geworden ist. Du hast so schöne Auen und reger Städte viel. Tätst du dir selbst vertrauen, wäre alles ein Kinderspiel... Es lohnt, weiter an vernünftigen Alternativen mitzuwirken, hat Willy Brandt zu seinem 75. Geburtstag gesagt. Eine ruhige Debatte über vernünftige Alternativen tut uns jetzt nach den Wahlen not.

Diskussion

Dr. Wilhelm Bruns

Vielen Dank! Meine Damen und Herren, jetzt haben wir die Probleme, die wir uns immer gewünscht haben, hat Egon Bahr gesagt. Ich glaube, Herr Schorlemmer, damit sind wir mitten im Thema unserer Vormittagsfrage: "Wächst zusammen, was zusammengehört?" Sie haben eine authentische und sehr eindrucksvolle Antwort gegeben, die ich zuspitzen will: Nun bricht zusammen, was nicht zusammenbrechen müßte. Eine Zustandsbeschreibung zwischen Saßnitz und Suhl. Sie haben gesagt: es gab keine Zeit; es gab und gibt keine solidarische wirksame Hilfe von uns. Und was besonders schlimm ist, es gibt kein Konzept, aber es gibt ein Wahlergebnis. Auf die Verständigungs- und Verstehensschwierigkeiten haben Sie hingewiesen. Ein Komplex, der im deutschen Vereinigungsprozeß keine große Rolle spielt, die erheblichen mentalen Kosten der deutschen Einigung, ist Ihr Hauptthema, und ich glaube es war dringend notwendig, daß Sie heute dazu gesprochen haben. Dennoch stehen wir – Sie haben am Schluß von Alternativen gesprochen – bei aller Kritik an dem was da abgelaufen ist, vor der Frage, ob es eine vertretbare Alternative zur schnellen staatlichen deutschen Einheit gab. Das ist eine Frage, die immer wieder gestellt wird. Ich bin sicher, daß wir dazu heute kommen werden. Damit ist die Diskussion eröffnet. Ich bitte um Ihre Wortmeldungen.

General Vogel

Herr Schorlemmer, Ihr Thema war innenpolitisch angelegt und Sie haben in pointierter und für mich in ergreifender Weise die Probleme dargelegt. Würden Sie mir zustimmen, daß die deutsche Einheit jedoch nicht nur innenpolitisch gesehen werden kann, sondern der außenpolitisch gegebene Rahmen in Europa in diesem Jahr auch das Tempo bestimmt hat? Und um einmal etwas Positives zu sagen, daß es ja keine Selbstverständlichkeit war, daß die 2+4-Gespräche so ausgingen, wie sie dann ausgingen. Vor zwei, drei Jahren hatte man doch noch durchaus den Eindruck, daß die deutsche Einheit, auch im Westen, mehr deklamatorisch gefordert wurde als realistisch gesehen. Der außenpolitische Bezug darf bei allem Verständnis für die innenpolitischen Probleme – meiner Meinung nach – nicht außer Betracht gelassen werden.

Ich habe eine Frage: Die Rolle der Nationalen Volksarmee in ihrem Selbstverständnis beim Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten war ja auch anders, als wie es nachher abgelaufen ist. Wir haben den Eindruck, daß – von hier aus betrachtet, wir durften ja nicht rüber – obwohl sie Volksarmee hieß, sie im Volk überhaupt nicht verwurzelt war. Wir haben Erlebnisse bis in die heutige Zeit hinein, wo man gefragt wird: Seid ihr Westler oder Ostler? Entweder wird das Gesicht finster oder wird das Gesicht hell. Wie war denn das Ansehen der Nationalen Volksarmee wirklich? Eine etwas anspruchsvolle Frage. Die Rückgabe der Übungsplätze ist ein Verwaltungsprozeß, der wegen fehlender Verwaltungsebenen nicht so schnell abläuft, wie Sie ihn gerne hätten.

Friedrich Schorlemmer

Die außenpolitischen Implikationen sind ein ganz eigenes Thema. Ich finde es sehr interessant, wie wir Deutschen es geschafft haben, aus 4+2-Verhandlungen 2+4-Verhandlungen zu machen. Das nur nebenbei. Und dann war es auch nur 1+4. Wenn das osteuropäische Problem nicht gelöst wird, ist das eine akute Gefahr für Westeuropa. Das scheint mir so seit der Tagung der großen Sieben, auf der die deutsche Regierung als einzige bereit war, schon substantiell – nicht nur mit einem kleinen bißchen zu helfen. Ich weiß nicht, ob das bei den anderen Europäern angekommen ist, bei uns kommen die Flüchtlinge zunächst einmal an, nämlich: über die Oder. Wenn wir die Oder jetzt nicht hätten, dann wäre das Problem noch viel größer. Ich frage mich manchmal zu den außenpolitischen Fragen, ob der schnelle Grenzvertrag mit Polen, wirklich ganz ehrlich ist oder ob er nur pragmatisch ist. Es ist ganz gut, wenn wir jetzt eine klare Grenze haben, weil es für uns sonst wirtschaftlich nicht zu verkraften wäre, auch politisch nicht, wenn die Flüchtlingsströme drastisch anwachsen. Es wird noch einiges über uns kommen.

Zur zweiten Frage: Das Ansehen der Nationalen Volksarmee. Das kann ich nicht genau sagen, weil das gar kein Thema war, ob sie Ansehen hatte oder nicht. In jedem Fall hatte sie ein besseres Ansehen als die Sowjetarmee. Da hatte sich so viel – auch Haß – angestaut. Das Verhältnis zu den Russen ist jetzt ein bißchen überlagert von Mitleid. Die Sowjetarmee war eine riesige landschaftszerwählende Militärmaschinerie, so daß wir jetzt Angst haben, dem Volk offenzulegen, wie es auf den Militärarealen aussieht. Wie ich gehört habe, soll es auf Truppenübungsplätzen bei den Alliierten auch nicht wesentlich anders aussehen. Ich weiß aber noch nicht genau, ob man sich das Ausmaß der Schlamperei überhaupt vorstellen kann. Ich frage mich, ob

wir die 4 Jahre gut überstehen, solange die Russen noch da sind. Vor allem an den Standorten, wo sie weiter üben werden, wo die Belästigungen durch Flugzeuge und Panzer besonders groß sind. Wenn die sowjetischen Soldaten zu Hause keine Perspektiven kriegen, könnte es einen Rückstau geben. Es gibt dazu schon Initiativen, daß z.B. die Sowjetsoldaten, die noch bei uns sind, schon etwas lernen – innerhalb eines Konversionsprogramms. Sonst könnten zehntausende ins Nichts gestoßen werden, irgendwo in die Steppe in der Sowjetunion. Wenn Sowjetsoldaten in nächster Zeit in größerer Zahl desertieren sollten oder wenn es zu Übergriffen käme, wenn sie größere Bewegungsfreiheit bekommen – wenn die einfachen Soldaten endlich wie Menschen behandelt würden, dann fürchte ich allerdings, daß es zu gravierenderen Kriminalitätsdelikten kommt. Noch geht es im wesentlichen nur um Fahrraddiebstähle.

Wenn jemand durch "die Russen" umgekommen ist, dann wurde das durch die Stasi streng unter der Decke gehalten. Das würde jetzt öffentlich werden. Wenn es jetzt Konflikte gäbe, etwa durch desertierende Sowjetsoldaten, wird es zu hohen Emotionalisierungen kommen. Ich glaube, das ist ein Problem, das wir jetzt gemeinsam vor uns haben. Aber zunächst ist es eins, das wir, die wir dort leben, haben.

Die Bundeswehr hat inzwischen eine erstaunliche Akzeptanz. Im Stadtparlament wollte die SPD alle freiwerdenden Militärareale in unserer Stadt, die seit 1896 Garnisonsstadt ist, für kommunale und zivile Einrichtungen zurückhaben, z.B. für neue Bildungseinrichtungen. Dagegen sagten die anderen: "Laßt die Bundeswehr kommen, die bringt uns Arbeitsplätze. Und die bringt Geld!" Woher sie es hat, wurde nicht gefragt.

Andererseits ist es uns gelungen, die Einheitsfeiern am 3. Oktober hinzubekommen, in denen kein falscher Ton war. Darüber bin ich nachträglich sehr, sehr glücklich. Was in Berlin gelaufen ist, ist ohne Anknüpfung an militärische Tradition passiert.

Aber es ist mir unheimlich, wenn der Übergang von der NVA zur Bundeswehr bei manchen so reibungslos vorangeht. Wenn z.B. der Bundesminister der Verteidigung, Herr Stoltenberg, in Schmalkalden eine feierliche öffentliche Vereidigung macht und dort kommen – verstehen Sie das mal bitte richtig – die "Genossen Eltern" wie immer schon. Sie kommen jetzt, als wenn nichts passiert wäre.

Dr. Wilhelm Bruns

Vielen Dank, Herr Schorlemmer. Wollen wir bei diesem Komplex jetzt bleiben? Oder sind damit die äußeren Aspekte der deutschen Einigung, NVA, Bundeswehr, abgehandelt? Ich weise daraufhin, wir haben noch ein paar andere Generale hier im Saal.

Albrecht Müller, MdB

Ein NVA-Angehöriger hat eine andere Rente – wenn er pensioniert ist – als ein Arbeiter im Zementwerk. Das ist doch wohl defacto der Fall?

Friedrich Schorlemmer

Es gibt in der DDR eine große Verbitterung (seit dem 1. Staatsvertrag, seit der Wirtschafts- und Währungsunion) über die Renten: daß die Stasi-Leute und alle hohen Funktionäre bei uns ihre Renten unterschiedslos nach ihrem Einkommen erhalten, **ist ungerecht**. Das müßte noch geklärt werden, z.B. durch Runterstufung auf ein Arbeitergehalt. Das wird schwierig im Einzelfall: Bei welchem General wollen Sie jetzt sagen, der bekommt nach seinem Verdienst und der nicht? Jedenfalls sollten sie mitbekommen, wie die normale Verkäuferin auskommen soll mit Mindestrente plus Sozialhilfe.

Was ab 1. Januar bei der Einführung der neuen Preise wird, ist noch nicht absehbar. Es gibt Ärger darüber, daß Leute, die früher oben waren, jetzt im Frühruhestand sind, mit 52, 53 Jahren eine tolle Rente bekommen, nun damit beschäftigt sind, ihre "Schüsseln" anzubringen und ansonsten zugucken, wie "die Neuen" das verrottete Staatsschiff wieder flottmachen. Viele reiben sich die Hände. Zu den Spätfolgen des SED-Systems gehört auch, daß die öffentlich Bediensteten einen schlechten Ruf haben. Dieser Ruf wurde dadurch nicht gerade verbessert, daß die Landtagsabgeordneten nun ein Gehalt bekommen, das nicht mal ein Spezialist im Krankenhaus bekommt.

Prof. Dr. Erich Küchenhoff

Ich glaube, das Letztere ist ganz besonders wichtig, weil es hier auch ein starkes Ressentiment gegen die Parteien und gegen den Parteienstaat gibt. Das kann man

bei jeder Umfrage feststellen, bei aller Problematik von Umfragen. Ich wollte jetzt an das anknüpfen, was Albrecht Müller gesagt hat hinsichtlich der Gehaltshöhe. Mir ist neulich an die Nieren gegangen, ein Interview mit dem Vorsitzenden des Beamtenbundes, Hagedorn, der gefragt wurde, wie das mit dem 35 %-Unterschied gehen soll. Daß die drüben nur 35 % der Gehälter bekommen, bei gleicher Tätigkeit? Hagedorns Erwägung war, daß man ja eben die Einkommen der Produktivität anpassen müsse. Von den Lebenshaltungskosten war keine Rede. Im ganzen Interview nicht. Was mich ziemlich erschüttert hat, zumal ja doch die Erhöhung der Lebenshaltungskosten, Sie haben es gerade angedeutet, unmittelbar bevorsteht. Dann würde ich gerne auch hören, wie man nun in der Öffentlichkeitsarbeit damit umgeht.

Was mich zuerst und am meisten bewegt ist das Problem des undifferenzierten Umgangs mit den Leuten, die irgendwie im System tätig gewesen sind. Sie haben zwei Beispiele gebracht. Sie haben das Beispiel Ihrer persönlichen Richterin gebracht, die sich trotz SED-Zugehörigkeit anständig, human und womöglich sogar juristisch korrekt verhalten hat, und Sie haben am Anfang das Stichwort "Mühlfenzi" gebracht und sein Umgang und überhaupt den Umgang mit dem Leuten im Journalismus. Ich bin Mitglied des Rundfunkrats des Westdeutschen Rundfunks. Wir haben dort auch Berichte bekommen von unseren eigenen Korrespondenten drüben. Zu meinem Erschrecken hat einer ganz rigoros alle dort im Deutschen Fernsehfunk Tätigen abqualifiziert. Niemand sei verrentbar, denn niemand hätte ihr, unseren Berichterstat-ter, jemals eine Andeutung gemacht, daß er das System ablehnt. Das ist ein führender Korrespondent in einem Organ des Westdeutschen Rundfunks! Ich hätte gerne dazu Ihre Stellungnahme. Ich habe bei den "Mainzer Tagen der Fernsehkritik" im letzten Jahr eine Reihe Journalisten erlebt, die auch im privaten Gespräch dann, die doch einen sehr differenzierten Eindruck machten, nicht den Eindruck opportunistischer Wendehälse. Das Problem der politischen Sozialisation gibt es ja doch, daß Leute irgendeiner persönlichen Prägephase dort reingeraten sind, alles geglaubt haben und dann vielleicht auch die Kritik, die sich ihnen aufdrängte, verdrängt haben. Das sind doch alles Dinge, die man dabei berücksichtigen muß. Da scheint mir sehr viel Rigorismus, moralischer oder nicht mal, zu herrschen bei uns. Wenn ich bedenke, was gestern übertragen wurde an unrepräsentativen Straßenbefragungen im Fall de Maizière, da geht auch ein genereller Haß gegen jeden, der irgendwann einmal da im System gewesen ist, oder mit der Stasi Kontakt gehabt hat. Mit welcher Zielsetzung auch immer. Wie kann man das beseitigen? Wie kann man dagegen angehen?

Der zweite Punkt ist: Linksrheinische Perspektive von unserem schönen Deutschland. Das ist jetzt eine Frage an Ihre Erlebnisse hier, ob Ihnen hier auch diese linksrheinische Perspektive noch begegnet ist. Ich habe in längeren Zeiträumen folgendes erlebt: Da gab es einen Dominikaner-Pater, der die Vertreibung würdigte, da würde jetzt die slawo-germanische Mischrasse ihre deutschen Anlagen entwickeln können. Dann gab es die These von Karl Buchheim, daß alles deutsche Übel aus Obersachsen käme. Der obersächsische Reichskreis war damit gemeint. Dann wurden die Parteitage der SPD aufgezählt, daß Marx in Trier geboren wurde, wurde seinerseits verdrängt.

Das dritte war Adenauer. Daß die deutsche Hauptstadt, aktuelle Frage, nicht auf Kartoffeläckern, sondern zwischen Rebenhügeln liegen müsse. Frage: Sind Ihnen solche Empfindungen hier auch schon begegnet, was Sie linksrheinische Perspektive genannt haben?

Dr. Gerd Pflaumer

Herr Schorlemmer, ich habe zwei Fragen: Einmal, ich war am vergangenen Wochenende in der ehemaligen DDR, da haben Freunde der SPD und, unabhängig davon, Freunde aus der Bürgerbewegung "Demokratie jetzt", die ernsthafte Sorge geäußert, daß wir im Sommer nächsten Jahres erhebliche soziale Unruhen in der ehemaligen DDR haben würden, bis hin zu Gewalt. Die haben gar nicht mal so sehr das Ausländerproblem genannt, die 20 %-Geschichte. Sie hatten ja diesen Zusammenhang hergestellt, sondern ausgelöst durch das, was am 30.6. eintritt, sprich also: die ganzen Kurzarbeiterverhältnisse gehen zu Ende und wir werden mit einem Schlag erheblich mehr als 2 Millionen Arbeitslose haben. Und auch vor dem Hintergrund dessen, daß die Menschen vor einem Jahr gemerkt haben, daß sie ja etwas bewegen können, wenn sie auf die Straße gehen. Da hätte ich gerne noch einmal eine Einschätzung. Das ist ja im Gegensatz zu der 20 %-Regelung, die man möglicherweise schnell wieder zurücknehmen kann, das ist ja bei dieser Regierung überhaupt nicht absehbar, was es für ein Konzept gibt, um mit dieser Thematik dann fertig zu werden. Ist es also unabwendbar, daß es zu solchen Situationen bis hin zur Gewalt kommt?

Zweite Frage – auch vor dem Hintergrund vieler Gespräche mit sozialdemokratischen Freunden dort: Liegt die SPD mit ihrer derzeitigen Programmatik richtig im Blick auf die Situation in der früheren DDR? Ist "Fortschritt 90" und das letzte Partei-

programm mit den dortigen Prioritäten, Stichwort "ökologischer Umbau", "Demokratiefrage", "Bürgerrechte", ist das das, was die Leute dort – auch unsere sozialdemokratischen Freunde – in erster Linie bewegt. Ist es nicht vielmehr so – ich will es mal ganz zugespitzt formulieren –, daß sie dort jetzt eigentlich eher ein "Godesberger Programm" brauchen, mit einer ganz starken Priorität, so wurde mir das von den Freunden dargestellt, auf Wirtschaftswachstum und sozialer Verteilung als eben die Prioritäten, die im jetzigen Programm genannt sind. Und ist es nicht auch richtig, daß der Weg der SPD aus dem tiefen Tal der 25 % in der früheren DDR, in erster Linie der Weg zur Mehrheitsfähigkeit dort über die Betriebe laufen wird. Deshalb ist ganz, ganz wichtig, die Gewerkschaftsbewegung dort so weit das nur möglich ist zu stärken, weil nach dem, was ich dort erfahren habe, zunehmend Menschen in Betrieben bereit sind sich auch gewerkschaftlich zu organisieren.

Jürgen Vahlberg

Herr Schorlemmer, meine Frage bezieht sich auf Ihre Forderung nach rechtlichen Prozessen gegen Bösewichte in den neuen Bundesländern und nach der moralischen Legitimation. Wir sehen ja, daß es in der Bundesrepublik viele Stimmen gibt, die sagen: Schwamm drüber, gehen wir zur Tagesordnung über. Wenn wir versuchen, das alles aufzuarbeiten, kommen wir in den Urwald, aus dem wir nicht wieder herausfinden. Viele Bürger der DDR – oder große Teile, wahrscheinlich mit nur wenigen Ausnahmen – vertreten die Position, es müsse mit Hilfe rechtstaatlicher Prozesse eine Aufarbeitung der Vergangenheit erfolgen.

Für mich hat sich diese Frage erledigt mit der Volkskammerwahl. Nämlich dem Ergebnis, daß die PDS ein respektables Stimmenergebnis dort bekam und die Blockparteien ebenfalls; bei der PDS also eine Partei, die noch aus dem alten Mitgliederstamm besteht – inzwischen gibt es wenige exotische Zuwächse aus der Bundesrepublik –, aber im Grunde genommen ist es die alte Partei, mit dem alten Geld, nur mit einem neuen Firmenschild. Bei den Blockparteien handelt es sich auch um Träger des vergangenen Systems. Die sind von den Bürgern der ehemaligen DDR erneut in die politische Verantwortung gesetzt worden, bis hin zu einzelnen Repräsentanten, die sich in der Bundesrepublik befinden.

Wenn das so ist, wieso können danach Vertreter, Funktionsträger nachgeordneter Behörden und Dienststellen, in der ehemaligen DDR, strafrechtlich verfolgt werden? Wenn die politisch Verantwortlichen sozusagen wieder vom Volk akzeptiert worden

sind? Mit Volkswillen! Von einigen Ausnahmen abgesehen: Harry Tisch und Herr Honecker usw., aber ansonsten sind diejenigen, die die politische Verantwortung trugen, wieder erneut akzeptiert worden. Aus meiner Sicht gibt es keine moralische Legitimation zu sagen: Aber diejenigen, die als Vertreter nachgeordneter Behörden exekutiert haben, was politischer Wille war, die müssen wir nun strafrechtlich verfolgen. Wie sehen Sie das?

Friedrich Schorlemmer

Es ist sehr schwierig, darauf zu antworten! Zunächst mal: Ich kann das, was Sie sagen, einfach nur bejahen. Sie geben zutreffende Beschreibungen. In vielen Fragen steckt schon eine Aussage; meistens kann ich zustimmen.

Zunächst einmal zur Frage der Gewalt. Da ich 1989 sehr überrascht war über die Verhaltensweise meiner Mitbürger, und noch mehr – ganz anders! – überrascht war über die Verhaltensweise meiner Mitbürger im Frühjahr 1990, wage ich kein Urteil abzugeben, über das was im Sommer 1991 sein wird. Es ist mehreres möglich. Ich sehe uns in einer außerordentlich instabilen Situation, sozialpsychologisch, nicht nur sozial. Es wird massenpsychologisch unsicher und unübersichtlich. Es **kann** noch alles ruhig ausgehen, denn das Volk hatte es ja gewaltlos geschafft! Es hatte ja viele Situationen gegeben (die ich selber miterlebt habe), wo es wirklich um Haaresbreite zu Gewalt gekommen wäre. Eine Gewalttat hätte viele weitere Gewalttaten ausgelöst, was wir überall in der Welt sehen können. **Ein** toter Funktionär oder **ein** toter Demonstrant bei uns – die Folgen wären unabsehbar gewesen.

Zwischenruf

Es waren aber auch andere Menschen am Anfang.

Friedrich Schorlemmer

Ja, auch später ist es noch ohne Gewalt gegangen. Es sind dann zwar auch Dinge verbrannt worden, aber es ist kein Mensch zu Schaden gekommen. Das muß man für den Umbruchprozeß seit dem 9. Oktober sagen.

Jetzt aber sucht Enttäuschung und Verbitterung ein Objekt und findet es nicht. Das halte ich für dramatisch. Denn man will ja nicht die verantwortlich machen, die man

gewählt hat. Deshalb sagt man jetzt: Es sind immer noch die "alten". Das sagt man ganz allgemein. Man selber ist nie "der alte" gewesen. Für mich ist die Frage, wie weit die Selbstläuterung bei uns versäumt wurde. Das ist nicht die Frage, das ist das Problem. Wir haben uns dazu nicht Zeit gelassen, das hat auch gute Gründe.

Ich meine auch Nachrichten, die gestern über den Bildschirm gelaufen sind. Es ist für unser Land, für unsere Selbstachtung schrecklich, was da passiert ist, was Herrn de Maizière, was Ibrahim Böhme und Reiner Kunze anlangt und all das, was da im Hintergrund steht. Ich versichere Ihnen eins: Die Stasi wird neben dem Müll, der Wirtschaft und den Ausländern ein gesamtdeutsches Problem bleiben. Denn über Sie in der alten Bundesrepublik ist da auch noch einiges gesammelt. Die Wut bei uns war, daß entgegen dem Gesetz der Volkskammer, im August dann im Einigungsvertrag etwas anderes stand. Hat Herr Krause das gewußt oder nicht gewußt? Es war uns nur noch mit nichtrechtstaatlichen, erpresserischen Mitteln möglich zu erreichen, daß die Akten bei uns blieben: mit einem Hungerstreik und mit Hausfriedensbruch. Nur in dieser Übergangsphase war das so möglich, war das zu "retten". Welches Interesse lag hier vor, dies hierher zu bekommen? Das gehört nun wirklich uns! Das müssen wir auch aufarbeiten. Nur merkt man dann auch, daß das unser gemeinsames Problem wird.

Wo dies im nächsten Sommer hingeht, weiß ich noch nicht. Es könnte auch sein, daß es anarchisch zugeht. Die Stimmung im Arbeitsamt und die Stimmung bei der Sozialversicherung ist gespannt und richtet sich gegen die neuen Verwaltungen in den Kommunen. Ich habe das bei einem Besuch selbst erleben müssen.

Wo das Objekt gesucht wird für die Wut, für die Enttäuschung, die Verbitterung, ob in der Familie oder politisch, kann ich noch nicht beurteilen. Ich kann nur sagen: Wenn jetzt nicht wirklich spürbare Hilfe kommt, die den Menschen Mut macht und wenn das Gefühl nicht gestärkt wird, daß es sich im Osten lohnt, ist der Ausgang absehbar. Wenn jetzt laufend davon gesprochen wird, daß wahrscheinlich im nächsten Sommer die Talsohle erreicht ist – das ist keine Talsohle – das sind menschliche Schicksale! – und die Menschen zu spüren bekommen **wie tief sie ist**, weiß ich nicht, wie sich das auswirken wird. Ich sehe nur jetzt schon, daß Leute, die wir dringendst bei uns brauchen, sich hier Arbeit und Wohnraum suchen. Sie werden lieber in den Westen kommen und da Schweine hüten als bei uns bleiben. Sie werden auch für geringeren Lohn arbeiten. Zudem gibt es heute schon eine

verdeckte Arbeitslosigkeit bei uns, die hier die Arbeitslosen nicht zurückgehen läßt, nämlich durch die vielen Pendler.

Die lebenswürdige Aufnahme der DDR-Deutschen in den ersten Monaten nach der Maueröffnung ist längst vorbei. In Göttingen und in Nürnberg, wo die Osis sich alle drängeln und alles verstopfen und Rentner kommen nicht mehr in Aldi, weil sich die Osis da drängeln. Auch zwischen uns Deutschen wird noch einiges laufen. Ich fürchte auch Anarchisches, wenn nicht die demokratischen Kräfte der Bundesrepublik zusammen mit der Wirtschaft bald wirksam handeln.

Liegt die SPD richtig? Ich kann dazu nur etwas zugespitzt sagen: Wer zu früh kommt, den bestraft das Leben. Es hat ja schon bestraft. Wer jetzt Mehrheiten will, muß bei uns den Mund stopfen. Dann kommt noch etwas hinzu, worüber nicht gesprochen wird: Es kommt ein Selbsthaß auf, der auch Objekte sucht. Das werden die "Roten", auch die Farbe rot sein. In Institutionen, in denen es sehr viele Fahnen gab, wurde das Emblem ausgetrennt und es diente den Handwerkern als Abtreter. Dieselben Menschen, die sich zu 97,97 % nicht einmal getraut hatten, in die Wahlkabine zu gehen und wenigstens durchzustreichen, die treten jetzt mit einer unglaublichen Wut auf alles, was irgendwie "rot" war.

Auch die Gewerkschaften haben es schwer. Viele Arbeiter und Angestellte haben noch nicht begriffen, daß die Gewerkschaften wirklich ihre Interessen vertreten und daß das Gleichgewicht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern bzw. zwischen Arbeit und Kapital eine Bedingung für das Funktionieren der sozialen Demokratie ist. ("Wozu in die Gewerkschaften gehen? Das könnte ja der neue Arbeitgeber nicht gut ansehen und könnte mich rausschmeißen. Also engagiere ich mich nicht im DGB"). Das ist diese verflixte Anpassung! Das Couragierte, das 1989 kurzzeitig da war, war im Schutz der Dunkelheit da. Man hatte ein paar Leute gefunden, die haben da vorn am Mikrophon geredet, das Volk hat zugehört, im Schutz der Dunkelheit. Als alles gelaufen war, kamen Leute wie Dr. Diestel und sprangen auf den Erntewagen. Von diesen darf man nicht erwarten, daß sie sehr couragiert sind. Ich will das nicht verallgemeinern sagen, aber es haben sich Mehrheiten gebildet, die nun gegen alles sind, was rot ist. Das bekommen wir in der SPD stark zu spüren, das bekommen die Leute in der Bürgerrechtsbewegung zu spüren, weil sie so etwas wie das schlechte Gewissen der Nation sind. Es darf nicht sein, daß man aufrecht in der DDR überleben konnte! Dann müßte man ja zugeben, daß man nicht aufrecht war. Also muß man diese Wenigen jetzt (wieder) beiseite schieben, damit die

Dämonisierung der DDR (sie noch schlimmer zu machen als sie war) funktionieren kann. Dann kann man sich entschuldigen und dann **muß** man geradezu auf alles, was vorher war, mit Füßen treten.

Ein Satz zu den Prozessen: Ich bin hin- und hergerissen. Ich war zwischendurch einmal der Meinung: alles vernichten und sagen, fangen wir neu an! Fangen wir miteinander neu an. Aber das ist nicht durchsetzbar. Dann können die Stasileute mit ihrem Wissen, diese 85.000 Kretins, jederzeit über jeden behaupten, daß der mitgearbeitet hat, und es wäre überhaupt nicht nachprüfbar. Wir sind in einem echten Dilemma. Ich halte es für nötig, daß die Leiter der Bezirksstellen der Staatssicherheit und alle Generale bei der Staatssicherheit eine Rente bekommen, wie z.B. eine Verkäuferin. Das ist das Mindeste. Und diejenigen, die Anweisungen gegeben haben, die zur inneren und äußeren Zerstörung von tausenden und hunderten Menschen geführt haben, die die Anweisung von Mielke zur systematischen Zerstörung von Menschen exekutiert haben, müssen zur Verantwortung gezogen werden – damit wir eine Demokratie aufbauen können, in der die Leute wissen: Gegen Menschenrechte kann ich in meinem Dienstbereich, ohne einen Prozeß zu befürchten, nicht handeln.

Albrecht Müller, MdB

Herr Schorlemmer hat schon gesagt, wer jetzt Mehrheiten will, muß den Mund stopfen. Ich wollte vorher noch etwas zu Herrn Pflaumer sagen, was ein bißchen diesen Scheinkonflikt wegnimmt. Ich denke, daß sich die SPD einen Tort antut, wenn sie jetzt die Programme je nach Lust und Laune interpretiert und dann kommt eben im neuen Weg soziale Gerechtigkeit offenbar gar nicht mehr vor, obwohl es ein Hauptpunkt ist. Arbeitsplatzsicherung kommt auch nicht vor, obwohl es ein Hauptpunkt ist. Im "Godesberger Programm" kommt das Wort "demokratischer Sozialismus" nicht vor und ist offenbar gut verkäuflich drüben. Ich halte das schlicht und einfach für eine Fälschung unserer eigenen Geschichte, ich sage es mal sehr hart. Wir tun das Schlimmste, was wir tun können in der jetzigen Situation, wenn wir die verschiedenen Programme gegeneinander ausspielen. Wir tun auch deshalb etwas Schlimmes, weil wir einen der Kardinalfehler unserer eigenen jüngeren Geschichte hier in der Bundesrepublik, den Kardinalfehler der 70er Jahre, wiederholen, nämlich: Arbeitsplatzsicherung gegen Umweltschutz auszuspielen, so nach dem Motto: Baut mal erst die Straßen, macht das Land drüben noch mehr kaputt, damit die Leute den Mund gestopft bekommen und dann können wir ja hinterher noch gucken, ob wir

einen Rest der Umwelt retten können. Ich halte das – auch ökonomisch – für eine Katastrophe und für einen absoluten Denkfehler.

N.N.

Herr Schorlemmer, Sie haben sehr interessante Aspekte über die frühere DDR hier ausgebreitet. Ich habe einen Punkt vermißt. Und zwar, daß Sie etwas über das kirchliche Leben in der früheren DDR gesagt hätten. Und zwar hatte ich das einmal darum erwartet, weil Sie ja Theologe sind. Ob Sie jetzt noch als solcher tätig sind, weiß ich nicht. Andererseits weil ja gerade aus den kirchlichen Kreisen die Bürgerbewegung sehr stark gestützt worden ist und z.T. hervorgegangen ist. Andererseits ist es ja so, bisher ist zwar die politische Wiedervereinigung erfolgt, aber zwischen der östlichen und der westlichen Kirche bisher noch nicht. Das hat man also aufgespart.

Dann würde es mich interessieren, wie im Osten über die Jugendweihe, im Verhältnis zur Konfirmation, gedacht wird. Denn aus der Presse habe ich entnommen, daß die Jugendweihe auch ganz stark wieder forciert wird. Über die Konfirmation hört man dagegen nichts.

Als letzte Frage noch: Sind überhaupt noch genügend Pfarrer, die als solche tätig sind, in der früheren DDR vorhanden? Denn es sind doch sehr viele in das politische Leben übergetreten, sowohl Pfarrer als auch Kirchenbedienstete. Ist da überhaupt noch genügend Potential vorhanden?

Reimer Götsching

Herr Schorlemmer, aus Ihren Ausführungen ist mir noch bewußter als vorher geworden, daß ein Regierungsschwerpunkt, mit dem besten Platz in Berlin aufgehoben ist, zur Integration, zur Hauptproblembehebung und auch ein Signal gebend, daß westliche Politiker von ihrer schlaun Basis her auch sich hineinbewegen in diese Hauptproblemgebiete mental, materiell usw. Daß das, was Sie sagten gegenüber Osteuropa, der bessere Platz und das bessere Signal wäre. Ich hebe ausdrücklich hervor, zu solchen, die sich jetzt als Bonner getroffen fühlen sollten, ich lebe lange und gerne in Bonn. Für mich ist darin kein Anti-Bonn-Aspekt enthalten. Glauben Sie es mir wirklich.

Dann zu Herrn Prof. Küchenhoff. Dieses Zitat – ich weiß nicht was es soll –, die lieblichen Reben in Bonn, die groben Kartoffeläcker rund um Berlin. Ich nehme aber an, daß Konrad Adenauer seine Hauptüberlebensquelle aus der Kartoffel zog und nicht aus dem lieblichen Wein, der allerdings eine liebliche Beigabe ist. Ich weiß nicht, was das soll, das jetzt zu transportieren, hier diesen fast biblischen Vergleich mit Weinberg und armen Sündern. Ich will jetzt nicht polemisieren. Das hat mir nur zu denken gegeben.

Michael Herde

Herr Schorlemmer, Stichwort "Dämonisierung" der alten DDR im Zusammenhang mit dem alten Mann in Beelitz. Sie fordern – und ich denke zurecht – rechtstaatliche Prozesse, bis hinunter auf die Bezirksebene, die natürlich auch diese führenden Persönlichkeiten einschließen. Ich frage mich aber, ob das überhaupt zu machen ist. So rechtstaatlich auch immer man das versucht und in die Wege leitet und organisiert. Ob es nicht zwangsläufig in Richtung Schauprozesse geht. Ich denke, das wäre eine ziemlich schlimme Entwicklung. Wir kennen Schauprozesse aus anderen Ländern und nicht zuletzt auch aus der früheren DDR. Es hat auch hier schon Anklänge davon gegeben in einigen Fällen. Aber das ist eine Sache, die gerade in bezug auf die massenpsychologische Situation, die Sie angesprochen haben, eine sehr gefährliche Sache wäre. Es würde mich interessieren, was Sie dazu sagen.

Prof. Dr. Erich Küchenhoff

Ich bin angesprochen worden. Das Zitat von Adenauer war ein Ausdruck eines linksrheinischen oder rheinischen Lebensgefühls mit einem gewissen Ostelbien-Komplex, den ich am Anfang meiner Zeit oder auch im Krieg bei den westlichen Kameraden – ich selber bin aus Schlesien – auch gespürt habe. Ich hatte die Frage, und Herr Schorlemmer hat es bestätigt, daß ihm solches hier auch begegnet sei.

N.N.

Herr Schorlemmer, ich möchte Ihnen ganz herzlich für Ihren Vortrag danken. Ich hätte Ihnen gern noch eine halbe Stunde oder länger zugehört. Es gibt ja den Spruch: Man kann über alles reden, nur nicht über 45 Minuten, aber Ihnen hätte ich gerne 2x 45 Minuten zugehört, weil man diese Art von Vortrag und den geistig und politischen Hintergrund bei uns hier im Westen fast völlig vermißt. Es gibt ihn sicher in

den Köpfen, aber es so vorgetragen zu bekommen, ist so mitreißend – möchte ich fast sagen – und auch anrührend, daß ich das als ein großes Erlebnis hier buchen möchte. Nachdem ich neulich Ihren Artikel in der "Zeit" gelesen habe, dachte ich, da mußst du unbedingt hingehen.

Ich habe eine Frage, die allerdings in die Vergangenheit zielt. Aber der genius loci bewegt mich dazu. Vor zwei oder drei Jahren war hier eine Veranstaltung, und einige der Anwesenden waren da auch vielleicht, da saß Herr Reinhold dort, wo Sie jetzt sitzen, der Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED mit einigen Hilfskräften und die gesamte Besatzung der hiesigen DDR-Vertretung war hier im Saale verteilt – auch als Hilfstruppe. Das war eine Veranstaltung, die man durchaus als makaber bezeichnen konnte, obwohl ich damals in einem Beitrag sagte, daß ich es begrüße, daß es so weit gekommen ist, daß sie überhaupt hierher kommen, sich der Diskussion aussetzen. Dennoch war es makaber. Dieser Prozeß zwischen SPD und SED, diese Diskussion war ja auch hier umstritten, auch in der SPD. Ich würde ja gerne im nachhinein wissen, ob Sie und Ihre Freunde in der DDR damals diesen Prozeß für sinnvoll gehalten haben. Ich hielt ihn immer für sinnvoll, weil man miteinander reden muß, wenn es auch noch so schwer ist. Hat es genützt, hat es Ihnen – die sich nicht mit dem DDR-Staat und der SED identifizierten – am Ende doch genützt? Oder haben Sie es eher als schädlich und in den Rücken fallend empfunden?

Friedrich Schorlemmer

Zu jeder Frage könnte man etwas längeres sagen. Es ist auch wichtig. Ich möchte mich erst einmal bedanken für das wirkliche Interesse, das ich aus allen Fragen spüre, an uns. Das tut gut.

Ich fände es schlimm, wenn die SPD jetzt auf Grund dieses Wahlergebnisses das, was sie formuliert und in ihrem Programm beschlossen hat (und was hoffentlich aus Erkenntnis gewachsen ist), im Geilten nach Stimmen streichen oder revidieren würde. Wenn die Partei eine neue Erkenntnis gewinnt und sagt: wir haben uns hier und hier geirrt, das war falsch, dann soll sie es tun. Aber nicht im Blick auf Prozente. Wenn ich vorhin sagte: wer zu früh kommt, den bestraft das Leben, dann meine ich auch, daß uns die Probleme schneller einholen könnten als uns lieb ist.

Was die Übertragung des westlichen Systems auf die DDR anlangt, fragen viele sich: warum sollen wir nicht auch so bequem und schön leben können wie hier? Gegenwärtig läuft es so, daß wir noch alles so haben wollen, wie es hier schon ist und leugnen, daß das ständige Wachstum auch Probleme verursacht. Ich denke nur an das Ozonloch. Das muß doch unser Thema bleiben. Das Schicksal der Nordsee muß unser Thema bleiben usw. Oder das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit, wie wir das lösen, wie wir die vorhandene Arbeit teilen, statt uns mit Arbeitslosigkeit abzufinden.

Zum SPD-SED-Papier. Ich muß es immer wieder sagen: es gehört zur SPD und zu ihrer besonderen Begabung zur Selbstzerfleischung, daß sie dieses Papier nachträglich zerfleddert. Wenn die Partei ein bißchen historisch dächte, dann würde sie das, was sie vorgestern gemacht hat, nicht aus der Perspektive von heute verurteilen. Daß Herr Reinhold heute nicht hier sitzt, ist richtig, aber daß er damals hier saß, war auch richtig. Dieser selbstgefällige Professor hat noch 1988 im Dezember auf der ZK-Tagung gespottet über die "Reform-Freundchen", das waren wir! Gespottet hat er über die Russen und ihren langen Weg, "unsere DDR" gepriesen, unseren Honecker gepriesen. Er hat nicht erlaubt, daß Herr Reißig mit uns ein Gespräch führt über dasselbe Papier, worin stand, daß der Dialog auch innerhalb der Gesellschaft geführt werden muß. Und Herr Reißig hat sich nicht einmal getraut zu sagen, daß es ihm verboten worden ist und doch sollte man zwischen Herrn Reinhold und Herrn Reißig unterscheiden. Erinnern wir uns an seine Äußerungen in Freudenberg!

Das Papier selber aber war für uns nicht nur nachträglich wichtig, sondern es war in der aktuellen Debatte eine der wichtigsten Belegstellen dafür, daß die SED nicht strafrechtlich verfolgen konnte, was sie selber unterschrieben hatte. Das Papier wurde zwar politisch von Hager schon im Oktober 1987 kastriert, aber es war juristisch gewissermaßen noch da. Es war für die 10 % in der SED, die wackere Sozialisten sind, sogar demokratische Sozialisten, wichtig. Mehr sind es damals nicht gewesen. Aber diesen 10 % sollten wir jetzt nicht vor das Schienbein hauen. Vor einigen, die jetzt in der PDS sind, habe ich Respekt. Ich bin kein Freund der PDS, aber ich frage mich, ob die Reaktion auf Gregor Gysi im Deutschen Bundestag, auch von Seiten meiner Genossen der SPD – nicht geradezu neurotische Züge trägt. Laßt den doch mal ausreden!

Das Verhältnis von SPD und PDS im Osten ist ein anderes Trauerspiel, das dem Unglück der Spaltung der Linken nur ein weiteres Kapitel hinzufügt.

Zu den Prozessen muß man sich folgendes klarmachen: Eine gewaltfreie Revolution hat ihre Nachlaßprobleme. Die Menschen haben keine wirkliche Entlastung erfahren. Wir haben weder einen Märtyrer, an dessen Grab wir Blumen niederlegen könnten, noch haben wir den Kopf des "Königs" gesehen. (Ich habe hier ein Bild, wie DDR-Bürger mit einem Schild rumlaufen, auf dem sie Honecker in Sträflingskleidung zeigen. Wenn Sie sich die Gesichter der DDR-Bürger dazu angucken – vor diesen DDR-Bürgern habe ich Angst. Die sind bereit, auch mir morgen so etwas anzuziehen. Und übermorgen sind sie wieder bereit, vor jedem Diktator zu kriechen).

Ich meine, der Honecker hat schon Strafe genug. Ich habe auch menschliches Mitgefühl mit dem herumgestoßenen alten Mann. Dennoch verlangt es die Gerechtigkeit, daß es eine Untersuchung über seine Haftfähigkeit und seine Verantwortlichkeit gibt. Vieles davon ist strafrechtlich kaum zu erreichen. Man spricht überhaupt nicht von Margot Honecker. Sie ist mindestens ebenso anklagbar wegen der Verquickung von Staatssicherheit, Nationaler Volksarmee und Bildungswesen. Das ist auch ein Komplex, den man nicht strafrechtlich erreichen kann. Als Mensch und als Pfarrer denke ich ganz so wie Sie. Als Staatsbürger mit einem Rechtsbewußtsein denke ich, wir müssen das Rechtsbewußtsein stärken.

Wir brauchten einerseits Prozesse. Aber ich bin nicht für eine Verurteilung des alten Mannes in Beelitz. Der ist gestraft genug.

Zu Berlin kann ich nur sagen: Ich habe da einen Wandel durchgemacht. Noch im Herbst vorigen Jahres habe ich gedacht: niemals sollte Berlin wieder Regierungssitz werden. Das ist die Stadt, von der unsere großen Kriege ausgegangen sind. Inzwischen bin ich der Meinung: wenn es nicht Berlin wird, bleiben wir ewig der verlorene Osten. Auf der anderen Seite kann ich alle verstehen, alle, die Sie hier in Bonn leben und arbeiten, daß Sie da jetzt nicht hinwollen.

Zwei Schlußbemerkungen.

Wo wären die Alternativen gewesen? Ich weiß nicht, ob die Alternativen viel besser gewesen wären, aber ich habe beobachtet, daß die Alternativen gar nicht ernsthaft diskutiert worden sind. Warum war es nicht möglich, frage ich die Demokraten in der

Bundesrepublik, angesichts dieser historischen Herausforderung, eine Koalition auf Zeit oder eine konzertierte Aktion zur nationalen Vereinigung zu bilden, statt diesen Prozeß in den Hickhack der Wahl zu bringen? Das hat uns sehr, sehr geschadet und hat auch tiefe Wunden geschlagen. Warum war das nicht möglich?

Jedes Land, Portugal, Griechenland o.a., wenn sie der EG angeschlossen wurden, schon unter vergleichbaren marktwirtschaftlichen Bedingungen, bekommen Strukturanpassungshilfen usw. Bei der Vereinigung wurde eine funktionierende soziale Marktwirtschaft, die es mit Japan aufnehmen kann, mit einer Mißwirtschaft zusammengeschmissen. Das mußte schiefgehen. Woher kommt die Selbsttäuschung der bundesrepublikanischen Wirtschaftsfachleute, die immer, bis zum Schluß, bis zum September 1989, die DDR hofiert haben? Sie waren stets allesamt da – gleich welcher Partei – in Leipzig und haben Verträge abgeschlossen und haben Honecker freundlichst die Hand geschüttelt. Die DDR gehörte zu den "12 großen Industrienationen der Welt". Es ist auch eine Dämonisierung, wenn jetzt gesagt wird, alles sei nur noch Schrott. Ich muß Ihnen sagen, wie das auch menschlich ankommt. Es kommt nämlich nicht nur so an, daß die Dinge hier Schrott sein sollen, sondern auch die Menschen, die dann auch so behandelt werden. Inzwischen werden die guten Leute bei uns handverlesen und "abgeworben". Ich habe zwei Freunde, die gerade gegangen sind. Sie hatten in der DDR immer den Kopf hingehalten und nun sagen sie: ich will auch mal woanders wohnen. Wer in der Nähe von Wolfen 10 Jahre ausgehalten hat, der darf jetzt wohl auch in Karlsruhe leben. Aber er fehlt uns natürlich in Wolfen!

Ich frage mich, ob der Lastenausgleich, den wir jetzt vor uns haben, von der Mehrheit der Bundesbürger angenommen werden kann und ob er sich finanziell und personell niederschlägt – als eine spürbare Hilfe von Menschen, die nicht besserwisserisch und von oben herab zu uns kommen, sondern die entstandene Lage als unsere gemeinsame Herausforderung annehmen. Es gibt solche Leute. Im Frühjahr ist Kurt Biedenkopf nach Leipzig an die Universität gegangen. Da sagte man: Das ist ein Fanal, daß der das macht, nicht nur sagt, daß wir nichts von Marktwirtschaft verstehen, sondern uns etwas beibringt. Es gibt viele andere, die das auch tun, für ein Vierteljahr. Ich habe vor allen, die zu uns kommen, um uns zu helfen, großen Respekt und möchte mich dafür bedanken.

Andererseits kommen noch lange nicht die Investoren, wie versprochen, sondern es kommen noch immer die, die das Geld abschöpfen, das wir im Osten gar nicht ver-

dienen können, aber immer noch haben. Das ist **Ihr** Geld! Es ist in Ihrem Interesse, daß uns jetzt geholfen wird, damit wir selber etwas verdienen können, und nicht vom Überschuß der Bundesrepublik leben.

Meine letzte Bemerkung. Die junge Demokratie in der DDR ist kaputtgewählt worden. Ehe wir uns überhaupt klären und läutern konnten, wer wohingehört, wir sind oft mehr zufällig in der oder der Partei und gleich in einen "westlichen" Wahlkampf geraten. Dann spielen gruppendynamische und gar nicht so sehr politische Gesichtspunkte eine Rolle. Wieso ich im "Demokratischen Aufbruch" und Markus Meckel in der SPD war, das war zunächst nur Zufall. Daß die einen im "Forum" sind und die anderen bei "Frieden und Menschenrechte", das sind alles eher Zufälle. Daß manche in der CDU geblieben sind, war kein Zufall. Daß andere in der rechtsgewendeten CDU geblieben sind, ist unbegreiflich. Sie passen eher in die SPD. Daß einige in der SPD sind und eher in die CDU gehörten, das gibt es auch. Es hat sich in der kurzen Zeit mit allen Wahl-Zwängen nicht richtig klären können. Das wirkte sich auf die Wähler als Unsicherheit aus und zwang uns in das über die Medien bekannte Parteienspektrum der Bundesrepublik. Ich beobachte, daß wir uns auch menschlich durch diesen Wahlmarathon polarisierend kaputtgemacht haben. Wer 40 Jahre nicht wählen durfte, dann aber in einem Jahr 4x wählen sollte, der wird demokratiemüde. Das Interesse nahm immer mehr ab. Viele äußerten sich etwa so: "Wen sollen wir wählen? Die betrügen uns doch alle. Also wählen wir die, die wenigstens Geld haben". Es war eine Überforderung der Wähler und der zu Wählenden. Die neuen Parteien hatten sich noch nicht aufbauen, auch noch nicht strukturieren können. Die Selbstklärung war noch nicht abgeschlossen. Sehr schnell saßen wir in verschiedenen Lagern, - wir, die wir gemeinsam gegen die SED angetreten waren. Das hat sich auch in Aggressivität, in Humorlosigkeit in der Auseinandersetzung ausgewirkt. Hier gibt es auch polemische Wahlplakate, aber da ist meist noch ein bißchen Pfiff drin, bei uns war manche Parole zerstörerisch für die Kommunikation, die in der Demokratie nötig ist. Der Unterschied zwischen dem, was in West-Berlin mit den Wahlplakaten gemacht worden ist und in Ost-Berlin, ist gravierend.

Einen Impuls möchte ich noch gerne weitergeben. Ich bin inzwischen für Berlin als Hauptstadt mit Regierungsfunktionen. Die unselige Tradition der Stadt scheint überwunden; wir bekommen Feierlichkeiten ohne zackige Schritte hin. Ich bin ganz glücklich, daß es gelungen ist, so eine Einigungsfeier zu gestalten. Es hätte ein bißchen schöner sein können, aber es war jedenfalls nichts Falsches.

Wird es uns nun noch möglich sein, über eine gemeinsame deutsche Verfassung miteinander zu reden und dabei auch ein bißchen von dem einzubringen, was wir im Osten bedacht, erfahren und erlebt haben? Lassen sich Fragen aus dem Verfassungsentwurf des Runden Tisches noch einmal mit dem Grundgesetz ins Gespräch bringen? Es könnte uns nützen. Welches Land hat die Chance schon, seine Verfassung einfach noch einmal zur Debatte zu stellen? Und zwar in einen Anzeigungsverfahren des ganzen Volkes.

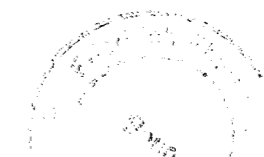
Einige Beobachter haben m.E. richtig angemerkt, wir hätten es in der DDR versäumt, eine Konstituante zu bilden, stattdessen haben wir gleich Wahlen gemacht, statt dies vorher durch eine verfassungsgebende Versammlung zu ordnen. Das ist durch die Überlagerung des Nationalen verhindert worden. Und dadurch, daß 1990 in der Bundesrepublik eine Bundestagswahl anstand. Haben wir noch die Chance für ein **NEUES DEUTSCHLAND**? Es kann doch nicht nur um die gleiche Konsumtion in West und Ost gehen! Es muß uns doch auch darum gehen, wie die freie und gleiche Kommunikation verbessert werden kann, zwischen uns Deutschen und den Mitbürgern, die auf Dauer unter uns leben.

Dr. Wilhelm Bruns

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum Schluß. Wir haben heute Wichtiges und Authentisches gehört. Etwa zum sogenannten Streitkultur-Papier von 1987. Der Nutzen für die Menschen dort, insbesondere in den Kirchen, war enorm und der Schaden für die SED war riesengroß. Das war das Dilemma dieses Papiers. Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Schorlemmer, daß Sie aus der Sicht eines Betroffenen dazu etwas gesagt haben.

Meine Damen und Herren,

Sie haben mitbekommen, daß wir bei dem Stück "Deutsche Einheit" etwas machen, was nahezu ohne Drehbuch läuft. Jedenfalls gab es keine Generalprobe. Das Ergebnis ist entsprechend. Viele der Einzelheiten, die Herr Schorlemmer gebracht hat, sind erschütternd. Wir sehen auch, daß mit dem deutschen Einigungsvertrag und dem Vertrag über die Souveränität Deutschlands, sowie nach den ersten gesamtdeutschen Wahlen die deutsche Einheit nicht vollendet ist. Vor uns stehen zwei große Aufgaben, nämlich einmal die schon vielzitierte Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse



herzustellen und – das war Ihr großes Thema heute – der Abbau der erheblichen mentalen Unterschiede zwischen Worms und Wittenberg.

Herr Schorlemmer, Sie sagten am Anfang: Cassandra hat keine Mehrheit. Das ist übrigens nicht nur bei Ihnen so. So wünschen wir Ihnen, daß Sie mit Ihren Gedanken eine Mehrheit für die Aufgaben finden, die vor uns und vor Ihnen unmittelbar liegen.